



12. Sitzung

Mittwoch, 22. September 2004

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

Abwicklung und Ergänzung
der Tagesordnung 543 A

Aktuelle Stunde

Fraktion der GAL:

Die neue Hamburger Schule – Aufbruch für alle Kinder

Christa Goetsch GAL 543 B, 546 C, 553 D,
554 B

Robert Heinemann CDU 544 A, 547 C,
554 A

Gerhard Lein SPD 544 D

Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin 546 A

Britta Ernst SPD 547 D, 553 A

Dr. Willfried Maier GAL 548 D

Marcus Weinberg CDU 549 C

Wilfried Buss SPD 550 C

Christiane Blömeke GAL 551 C

Wolfgang Drews CDU 552 A

Fraktion der CDU:

Vorausschauend handeln – die Zukunft des Hafens sichern

Dr. Andreas Mattner CDU 554 D

Ingo Egloff SPD 555 C

Jens Kerstan GAL 556 B

Gunnar Uldall, Senator 556 D

Olaf Ohlsen CDU 557 C

Fraktion der SPD:

Udo Nagels Rückzugsgefechte: ein Innensenator auf Abruf?

(Nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Unterrichtung durch den
Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenen Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts

– Drs 18/836 – 558 B

Ergebnis 558 D

Dringlicher Senatsantrag:

Vorschlag des Senats für die Wahl des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten durch die Bürgerschaft

– Drs 18/918 – 559 A

Ergebnis 559 C

Unterrichtung durch den
Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit

– Drs 18/886 – 559 C

Ergebnis 563 A

Senatsmitteilung:

Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften in Hamburg Aufwertung der Arbeit der Joachim Jungius-Gesellschaft in Hamburg

– Drs 18/774 – 559 D

Wolfgang Beuß CDU 559 D

Wolfgang Marx SPD 560 D

Dr. Heike Opitz GAL 561 C

Jörg Dräger, Senator	562 A	Antrag der Fraktion der SPD:
Beschlüsse	562 D	Tag der Seniorinnen und Senioren im Rathaus – Drs 18/518 (Neufassung) –
Antrag der Fraktion der CDU: Neue Bauordnung Vereinfachung und Entschlackung von Vorschriften	563 A	dazu
– Drs 18/862 –	563 A	Antrag der Fraktion der CDU:
Hans-Detlef Roock CDU	563 A	Dialog der Generationen – Drs 18/766 –
Carola Veit SPD	564 A	
Claudius Lieven GAL	565 C	Beschluss
Beschlüsse	566 C	Antrag der Fraktion der CDU:
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Sprachuntersuchung vor der Einschulung – planlos und ohne Konsequenz?	566 D	"Masterplan" Konversionsflächen – Drs 18/863 –
– Drs 18/487 –	566 D	Beschluss

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Sprachförderung von Anfang an mit Konsequenzen und Konzept!	566 D
– Drs 18/779 (Neufassung) –	566 D
Luisa Fiedler SPD	566 D
Egbert von Frankenberg CDU	567 B
Christa Goetsch GAL	568 B
Beschlüsse	568 D

Antrag der Fraktion der GAL:

Hamburgs Position in Bezug auf die Europakompetenzen der Landesregierungen und Landesparlamente in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung	569 A
– Drs 18/791 (Neufassung) –	569 A
Manuel Sarrazin GAL	569 A, 572 D
Dr. Manfred Jäger CDU	570 D
Rolf-Dieter Kloß SPD	572 A
Beschlüsse	573 A

Antrag der Fraktion der CDU:

Förderung der Verknüpfung von Ganztags- schulen und Kinder- und Jugendarbeit in Sportvereinen und -verbänden in Hamburg	573 A
– Drs 18/859 –	573 A
Lars Dietrich CDU	573 A
Jürgen Schmidt SPD	574 A
Dr. Verena Lappe GAL	575 B
Beschlüsse	575 D

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne mit den Geburtstagsglückwünschen. Diese gehen an unsere Kollegin Frau Dr. Andrea Hilgers.

(Beifall im ganzen Hause)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr viel Glück und alles Gute.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um zwei Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich um die Drucksachen 18/886 und 18/918, die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit und den Dringlichen Senatsantrag mit dem Vorschlag des Senats zur Wahl des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten. Die Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkte 3 a und 18 a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen nunmehr zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Die neue Hamburger Schule – Aufbruch für alle Kinder

von der CDU-Fraktion

Vorausschauend handeln – die Zukunft des Hafens sichern

B und von der SPD-Fraktion

Udo Nagels Rückzugsgefechte: ein Innensenator auf Abruf?

Das Wort zum ersten Thema wird gewünscht. Die Abgeordnete Goetsch hat es.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich einmal mit McKinsey oder der Handwerkskammer schulpolitisch in einem Boot sitze. Alle haben die gleiche Forderung nach einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder; das will inzwischen auch der Bundeselternrat. Der baden-württembergische Handwerkstag nennt das neunjährige Grundschule, wir nennen das "9 macht klug" für eine neue Hamburger Schule. Da höre ich Sie natürlich schon rufen, das bedeute doch Gleichmacherei, Einheitsschule, das Niveau werde sinken. Aber wer das sagt, hat noch nicht begriffen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Wir wollen die Ungleichmacherei, wir wollen, dass die Ungleichen gemeinsam in eine Schule gehen. Dort gibt es dann aber nicht den gleichen Unterricht für alle, sondern für jedes Kind einen individuellen Förderplan. Viele von Ihnen können sich sicherlich nicht vorstellen, dass so etwas tatsächlich möglich ist. Schauen Sie in die Nachbarländer, wo Ungleichheit, Individualität und Flexibilität die Schüler voranbringen; sie bringen Leistungen und Freude. PISA-Chef Schleicher hat deutlich gesagt, dass prägende Momente in Gesellschaft und Wirtschaft Flexibilität und Individualität sind, aber anscheinend soll die Schule nicht individuell fördern und fordern. Noch ein Wort zur Ungleichheit. Heute werden die Eltern vor der Bürgerschaft dafür demonstrieren, dass ihre ungleichen

C Kinder in eine gemeinsame Schule gehen. Diese Eltern können gut erzählen, wie gut das ihren Kindern tut.

Meine Damen und Herren! Seit Jahrzehnten wird das Denken vom statischen Begabungsbegriff dominiert. Die einen sind halt dumm, die anderen gescheiter und Schule muss da nur entsprechend in die Töpfchen sortieren. Ganz konsequent betreiben Sie hier eine Politik mit dem Markenzeichen sortieren: die einen in die Hochbegabtenklassen, die anderen in sonderpädagogische stationäre Behandlung. Das ist Gleichmacherei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Alle sollen möglichst gleich sein, gleich stark, gleichsprachig, gleich alt. Doch Sie wissen, dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Die Schulforscher von PISA bis LAU und KESS haben uns gesagt, dass ständig falsch sortiert wird, dass nicht die Begabung entscheidend dafür ist, ob ein Schüler im Gymnasium oder der Hauptschule landet, sondern der soziale Status. Die Chance, in Hamburg zum Beispiel ins Gymnasium zu kommen, ist viermal höher, wenn man aus der entsprechenden Familie kommt. PISA sagt, das sind die oberen Dienstklassen und entsprechend schlechter ist es bei den niederen Dienstklassen, also den weniger betuchten Eltern. Und so haben wir in den Hauptschulen und Gymnasien sehr unterschiedliche Kinder, aber es findet dort ein Unterricht statt, als würden alle gleich sein. Sie ziehen daraus die Konsequenz, noch besser sortieren zu müssen. Wir sagen, das bringt nichts, es hat 40 Jahre lang nicht funktioniert und sehr vielen Kindern die Bildungschancen geraubt.

(Beifall bei der GAL)

D Wir haben auch im internationalen Vergleich überhaupt keinen Erfolg. Selbst die Bayern sind Mittelmaß, die sortieren noch stärker, schaffen aber nur 20 Prozent Abiturienten, und das sind die allerwenigsten in Deutschland. Daran ändert auch der hilflose Ruf nach Durchlässigkeit nichts. Das System ist so angelegt, nach unten zu sortieren und nicht nach oben und damit wollen wir endlich Schluss machen.

(Beifall bei der GAL)

Das Grundprinzip muss sich ändern. Es darf nicht mehr nur darum gehen, die ganze Kraft hineinzustecken, um ein Kind richtig einzusortieren und wenn es Probleme gibt, nach unten weiterzureichen, sondern es muss darum gehen, jedes Kind optimal nach den besonderen Fähigkeiten zu fordern und zu fördern. Dann erst bekommen wir leistungsstarke Schulen, in denen sich starke Persönlichkeiten entwickeln können, die Lust an Leistung haben, und wir bekommen weniger Abbrecher und mehr Abiturienten. Das ist uns im dreigliedrigen System nicht gelungen. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Reform, davon sind nicht nur wir überzeugt.

Dieser lange Atem wird sich für die Stadt lohnen. Wir haben vor zehn Jahren eine ganztägige Schule mit Konzept als lebendiger Lernort im Stadtteil gefordert. Vor acht Jahren haben wir die autonome Schule als Schule der Zukunft gefordert. Damals wurden wir belächelt, heute fordern Sie das, meine Damen und Herren von der CDU, und Sie werden wahrscheinlich auch auf Dauer nicht darum herumkommen, sich von dem Unsinn des Fetischs Dreigliedrigkeit zu verabschieden. Wir werden den langen Atem haben für "9 macht klug". – Danke.

A (Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Goetsch, ich gebe ja zu, dass Ihr Marketing nicht schlecht ist.

(*Christian Maaß GAL:* Wir können's halt!)

"Neue Hamburger Schule" klingt nach Visionen, klingt fast nach der Antwort auf PISA.

(Beifall bei der GAL – *Manuel Sarrazin GAL:* Genaau!)

Die Aktuelle Stunde passt eigentlich trotz der OECD-Studie nicht so ganz zu diesem Thema, denn Ihre Kampagne ist inzwischen schon ein Jahr alt. Ich hätte von daher eigentlich eher einen konkreten Antrag erwartet, einen konkreteren Antrag als den, den Sie bei den letzten Haushaltsberatungen eingereicht haben.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Du erwartest zu viel!)

Liebe Kollegen von der GAL, wir fordern genauso wie Sie bei "9 macht klug" einheitliche Qualitätsstandards. Wir fordern sie nicht nur, wir führen sie auch ein. Wir arbeiten, wie von Ihnen gefordert, an einer größeren Selbstverantwortung für die einzelne Schule. Wir werden zum nächsten Schuljahr, wie von Ihnen gefordert, zahlreiche neue Ganztagsschulen in allen Schulformen schaffen und damit wollen auch wir einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten.

B (Beifall bei der CDU)

Etwas arg idealistisch wird es bei Ihnen, wenn man sich Ihre Broschüre zu "9 macht klug" ansieht. Gleich auf der Titelseite fällt einem ein Foto auf mit maximal zwölf Schülern und zwei Lehrern. Ich glaube, die Plastikfiguren richtig zugeordnet zu haben, also sind da zwölf Schüler und zwei Lehrer in einer Klasse. Die machen dort sehr unterschiedliche Dinge und ich will gar nicht über die wirklich extremen Anforderungen an einen offenen Unterricht reden, wenn auf dem Foto ein Teil der Schüler lernen soll, während der andere Teil Saxophon und Klavier spielt. Das ist sicherlich nur ein Beispiel.

Aber Sie zeigen Schüler-Lehrer-Relationen, von denen ich auch träume, die Sie aber genauso wenig finanzieren könnten wie wir. Unter Marketinggesichtspunkten macht sich so etwas natürlich toll, das wirkt entsprechend nach außen.

Genauso gut machen sich Ihre Forderungen von Werkstätten und Laboren in allen Schulen, einem Schreibtisch für jeden Lehrer in der Schule, natürlich einer Kantine an jeder Schule und viele Dinge mehr. Sie verschweigen nur leider, wie Sie ganz konkret diese Schule organisieren wollen. Das würde doch vermutlich bedeuten, dass wir deutlich weniger, deutlich größere Schulen in Hamburg bräuchten. Sie haben leider, Frau Goetsch, auf meine Frage, wie denn die Zügigkeit einer solchen Schule aussehen soll, bisher noch nicht antworten können. Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Schulentwicklungsplanung fände ich es für Schüler, Eltern und Lehrer sehr spannend, wie viele Schulen denn eigentlich die GAL schließen möchte für ihre "Neue Hamburger Schule". Trauen Sie sich und sagen Sie das.

C (Beifall bei der CDU)

Viel wichtiger als diese ganzen Details ist aber eines: Die "Neue Hamburger Schule" ist in Wirklichkeit doch nur ein neues Etikett für ein ganz altes Konzept. Sie wollen – Sie haben es auch schon angedeutet – in Hamburg die Einheitsschule einführen. Das ist die Wahrheit und das sollten Sie auch laut und deutlich den Eltern sagen. In jedem Frühjahr stimmen in Hamburg die Eltern mit den Füßen ab. Zwei Drittel entscheiden sich für Haupt- und Realschulen und für die Gymnasien, ein Drittel für die Gesamtschulen und diese Wahlfreiheit wollen Sie abschaffen – ausgerechnet Sie, die Sie sich doch sonst immer so sehr für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung engagieren.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU:* Das ist schon merkwürdig!)

Aber weil Sie es seit 1968 nicht geschafft haben, trotz besserer Ausstattung der Gesamtschulen, trotz besserer Bezahlung der Lehrkräfte und trotz umfangreicher Werbekampagnen alle Eltern von der Gesamtschule zu überzeugen, fordern Sie jetzt die Zwangsbekehrung und das ist mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin ein bisschen gespannt, was Frau Ernst gleich sagen wird, weil in Schleswig-Holstein die SPD mittlerweile auf den Zug Richtung Einheitsschule aufgesprungen ist. Von daher bin ich gespannt, wie es die Hamburger SPD mit der Wahlfreiheit der Eltern hält.

(*Ingo Egloff SPD:* Sonst finden Sie Schleswig-Holstein doch auch immer so gut!)

D

Wir brauchen im Moment in Deutschland nichts weniger als eine Schulstrukturdebatte. Selbst die nun wirklich unverdächtige "Süddeutsche Zeitung" schrieb am Montag, die Schule für alle sei pädagogisch nicht zwingend. Der Verfasser der KESS-Studie, Professor Bos, sagte im "Hamburger Abendblatt", eine Systemdebatte bringe uns jetzt nicht weiter. Und die PISA-Studie sagt klar und deutlich, dass weder PISA noch andere internationale Schulleistungsstudien einen Zusammenhang zwischen Schulleistungen und Schulorganisation feststellen konnten; kein Wunder, schließlich waren in Deutschland die Bundesländer vorne, die am wenigsten auf die Gesamtschule gesetzt haben.

Liebe Frau Goetsch, ich kann beim besten Willen nicht erkennen, was an einem Schulsystem neu und modern sein soll, das schon vor meiner Geburt diskutiert wurde.

(*Wolfgang Drews CDU:* Olle Kamellen!)

Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass wir vor lauter Diskussionen über das Schulsystem vergessen haben, über die Schulen, über den Unterricht, über die Lehrerbildung und viele andere wichtige Fragen nachzudenken; die Folge war PISA. Die CDU wird dafür sorgen, dass wir diese Diskussion nicht weiter versäumen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Lein.

Gerhard Lein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Gesamtschullehrer könnte ich mich angeichts dieser Auseinandersetzung lächelnd zurücklehnen

A und feststellen, dass sich immerhin 30 Prozent aller Eltern jährlich nicht für die Aussortierungsschule entscheiden. Meine Partei hat sich immer offen dazu bekannt, dass unser politisches Ziel die Abkehr von der Homogenisierungsfiktion ist, die Sie vorantreiben. Sie alleine glauben, dass Lernen nach angeblich objektivierbarer Leistung in sortierten Gruppen effektiver ist.

Naheliegend ist die GAL in dieser Frage nicht unser Hauptgegner. Sie von der CDU, die die Bildungsstrukturpolitik rückwärts gewandt zu einer Klientelpolitik betreiben, führen Ganztagsgymnasien auf dem Rücken der anderen Schulen ein und lassen sie von den gegliederten Schulen und den Gesamtschulen finanzieren.

(Wolfgang Drews CDU: Das ist doch Quatsch!)

Sie führen eine Schulzeitverkürzung ohne Zuwachs von Lehrerstellen ein und lassen sie aus dem Bestand finanzieren, nämlich aus den HR- und den anderen Schulen. Sie wollen die Hauptschule hübsch machen, auf die neun Zehntel aller Eltern ihre Kinder nicht mehr schicken, weil sie schlussendlich eine Sackgassenschule ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wollen Sie auch noch die Grundschule durch Reihenintelligenzuntersuchungen sortieren. Mit einem IQ von über 120 oder 130 darf man sich dann absetzen. Sie zitieren eine obskure amerikanische Untersuchung, anstatt sich auf die Fachleute zu verlassen, deren Rat Sie offensichtlich gar nicht hören wollen. Ich könnte diese Liste noch fortsetzen, zum Beispiel mit Äußerungen von Herrn Peiner im "Hamburger Abendblatt" über die Qualität von Schulen, die eher eine Qualität des Aussagenden beinhalten.

Dass Sie sich bei Ihren Bemühungen immer wieder auf die PISA-Untersuchungen beziehen, ehrt Sie nicht. Es macht nur immer wieder deutlich, wie wenig Sie diese Untersuchung gelesen oder vielleicht auch nur verstanden haben.

(Robert Heinemann CDU: Ich hab' sie sogar zitiert!)

Schulen mit gewollter Leistungsheterogenität in ihren Lerngruppen sind nun mal Erfolgsmodelle. Die Konservativen in den Vergleichsländern der OECD-Studie kämen nicht auf die Idee, diese – Sie nennen es abfällig Einheitsschule – wieder zurückzunehmen. Sie haben ja international gar keine Kontakte zu Ihren schwarzen Kollegen, die würden diese Schulen nicht wieder abschaffen und Sie wollen sie nicht einführen.

(Beifall bei der SPD)

Wohlhabende können sich ohne Berücksichtigung des IQ ihrer Kinder den Weg in ein besseres Abschlussfeld "erkaufen"; das haben die Untersuchungen sehr deutlich gemacht.

Ich bin ein Optimist.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ein klassenkämpferischer Optimist, Sie sind doch in der SPD!)

Noch zu meinen Lebzeiten wird es die Sortierentscheidung nach Klasse 4 nicht mehr geben, da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der SPD)

C Die Sozialdemokraten betreiben eine Schulentwicklung in eine Richtung, auch wenn es mir ganz persönlich in dieser Frage nicht immer zügig genug vorangeht. Die Präambel unseres Schulgesetzes, in der letzten Legislaturperiode eingebracht, fasst das in einem Satz zusammen, den ich hier zitieren möchte. Er heißt:

"Schule ist deshalb dem Ziel der Chancengleichheit verpflichtet. Dazu gehören die bestmögliche Unterstützung und größtmögliche Integration aller Schülerinnen und Schüler sowie die Förderung der individuellen Leistung."

Schule muss alle Kinder und Jugendlichen so gut wie möglich fördern. Der Bildungsweg soll so lange wie möglich offen gehalten werden und das Hamburger Schulwesen in Richtung auf ein integriertes System fortentwickelt werden."

Das haben Sie natürlich abgelehnt.

Aber wir warten nicht auf den Bigbang. Heute schlagen wir vor, zum Beispiel das Sitzenbleiben als einen Schritt in diese Richtung abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Investieren Sie die Wiederholungskosten für Schüler lieber in gezielte Förderungen. Geben Sie die Hauptschulen als Restschulen auf und wandeln Sie die Haupt- und Realschulen in integrierte Systeme um.

Stärken Sie die integrative Regelklasse und bauen Sie sie aus, anstatt sie zu zerschlagen, wie es Ihre große alte Dame der Bildungspolitik, Frau Knipper, ja auch wollte, bevor sie der Hartlebigkeit Ihrer Fraktion zum Opfer fiel.

D (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL
– Wolfgang Drews CDU: Das ist doch Legendenbildung!)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Qualität von Schule entscheidet sich im Unterricht. Hier hat auch Hamburg viel nachzuholen, hier haben auch integrierte Systeme nachzuholen und da hat sich Hamburg auf den Weg gemacht, lange bevor schwarz die Regierung übernahm. Das Landesinstitut wird zu einem Serviceunternehmen der Schulen für ihre Qualitätssteigerung. Öffnung, also Individualisierung von Unterricht, wird zunehmend an den Schulen praktiziert. Individualisierte Grundschulzeiten mit jahrgangsübergreifenden Klassen waren zu unserer Regierungszeit nichts Neues mehr; die Fortentwicklung lässt allerdings auf sich warten. Aber guter und anregender und alle Leistungsreserven ausschöpfender Unterricht kann nicht in einer Schule gemacht werden, deren Begründung aus der Vergangenheit kommt und deren trager Kern die frühzeitige Sortierung nach Lebenschancen ist.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie an die Gegenwart erinnern; Ihre Redezeit ist beendet.

Gerhard Lein (fortfahrend): Sie haben es zum ersten Mal angemahnt, ich bin fertig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dinges-Dierig.

A **Senatorin Alexandra Dinges-Dierig:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! "Im Hühnerhof der Bildungspolitik" hat der renommierte Publizist Konrad Adam vor wenigen Tagen seinen Leitartikel in der "Welt" überschrieben, aus dem ich zu Beginn zitieren möchte.

"Die OECD hat ein Ei gelegt, und alle Welt hat es begackert. Das Ei sieht aus wie alle Eier, und das Gegacker ist danach. Die Hühner schlagen mit den Flügeln und fordern aufgeregt, was sie schon immer gefordert hatten. Nur eben jetzt mit dem erborgten Hinweis auf die Ergebnisse der OECD. Die aber nichts von dem hergeben, was ihnen angedichtet wird."

Das aufgeregte Gegacker über lange gelegte Eier geht nun auch bei uns in Hamburg wieder los, in diesem Fall durch Sie, Frau Goetsch, indem Sie alte Konzepte wieder hervorkramen. Sie wollen das herkömmliche gegliederte Schulwesen hinter sich lassen und wiederholen Ihren alten Wunsch nach der Einheitsschule, genauso wie die SED es getan hat und die PDS es heute tut.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL – *Petra Brinkmann SPD: Das ist das Letzte!*)

Dass Sie sich dazu aber auf die OECD berufen, ist völlig unverständlich.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, darf ich um etwas Ruhe bitten.

Frau Senatorin, mir steht es nicht zu, einen Senator zu rügen, aber einen Abgeordneten hätte ich für diese Aussage gerügt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Petra Brinkmann SPD: Richtig! – Michael Neumann SPD: Entschuldigen Sie sich wenigstens mal! – Petra Brinkmann SPD: Das ist jetzt fällig!*)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Dass Sie sich bei diesem Wunsch nach einer Einheitsschule auf die OECD berufen, ist für mich völlig unverständlich, denn die gibt so etwas nicht zwingend her. Unter den Ländern mit Einheitsschulsystemen befinden sich nicht nur solche, die besser abschneiden als Deutschland, sondern auch viele Verlierer. Aussagekräftiger als der internationale ist der Vergleich von Bundesland zu Bundesland und bei denen liegen die Länder mit gegliedertem Schulsystem an der Spitze. Bremen dagegen, das Land, das kompromissloser als alle anderen auf die Einheitsschule gesetzt hat,

(*Wilfried Buss SPD: Stimmt doch gar nicht!*)

ist im OECD-Bericht und in IGLU ganz weit hinten gelandet.

Ähnlich klug äußert sich übrigens die GEW. Sie verlangt mehr Unterricht, aber auf die OECD-Studie hätte sie sich lieber nicht berufen sollen, denn die weist aus, dass ausgerechnet Finnland, der PISA-Sieger, seinen Schülern am wenigsten Unterrichtszeit abverlangt, wie gesagt, am wenigsten und nicht am meisten.

Schließlich verschafft sich noch ein grüner Fachmann Luft, nämlich Fritz Kuhn. Er macht es sich besonders leicht und verlangt mehr Geld. Mehr Geld mag der Schlüssel zu vielem sein, zu guter Bildung ist er es aber nicht zwingend; das haben wir in Hamburg gelernt.

C Meine Damen und Herren! Was wir brauchen, ist mehr Nachweis von Leistung, mehr Qualitätskontrolle und mehr Selbstverantwortung.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Blömeke GAL: Das ist ja ganz neu!*)

Wir brauchen mehr externe und interne Evaluation. Wir brauchen Übernahme von Verantwortung für die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen mehr Öffentlichkeit für gute Schulergebnisse, auch um dem Lehrerberuf wieder zu der gesellschaftlichen Anerkennung zu verhelfen, den er wahrlich verdient. Wir brauchen aber überhaupt keine Diskussion von gestern über Schulformen und Systeme.

(Beifall bei der CDU)

Diese Debatte um Schulstrukturen ist wahrlich eine Geisterdebatte. Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie uns gemeinsam die Eckpunkte für eine Orientierung an den Ergebnissen von Unterricht und Schule erarbeiten. Schauen Sie mit uns nach vorne, in die Zukunft, auf die Ergebnisse und nicht auf die Strukturen von Schule.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Senatorin, ich glaube, Sie haben sich selbst diskreditiert und ansonsten gebe ich Ihnen noch einmal einen guten Rat mit auf den Weg – ich zitiere:

"Die reaktionärste Einrichtung der Bundesrepublik ist die Kultusministerkonferenz. Im Vergleich dazu ist der Vatikan noch weltoffen."

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zitat Helmut Kohl.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Jetzt zu Ihnen. Wir sprechen von einer neuen Schule. Wir sprechen nicht von irgendwelchen Klassenkämpfen, sondern von einer Schule, die sich weiterentwickelt, auch von der Gesamtschule, die sich weiterentwickelt, wie Herr Lein richtigerweise gesagt hat. Wir hatten vor zwei Jahren einmal ganz ketzerisch gesagt, sowohl das Gymnasium als auch die Gesamtschule seien gescheitert, aber aus dem Grunde, weil das Gymnasium den pädagogischen Auftrag hat, zu sortieren und die Gesamtschule nicht alle Kinder nach der vierten Klasse bekommt.

Wir sprechen von einer neuen Schule, Frau Senatorin, die genau das schon längst beinhaltet. Da sind wir ein bisschen früher als Sie gewesen. In dem Heft "Die Zukunft der Schule ist die autonome Schule" stand das alles schon 1996. Da sind die Schulinspektion, das Lehrerarbeitszeitmodell, die Vergleichsarbeiten, das Schulmanagement aufgeführt – alles wunderbar nachlesbar. Wie gesagt, wir wollten schon 1994 die Schule zum Lernort machen. Insofern waren wir da ein bisschen schneller als Sie.

Aber ich will hier nicht in Konkurrenz treten, sondern Sie bitten, uns doch anfangen zu lassen, dieses System umzubauen. Die Handwerkskammerleute in Baden-Würt-

A temberg haben doch auch gesagt, wir müssen erst alle Eckpunkte haben, und dann haben sie gesagt, an dieser Schule geht das aber nicht. So, wie Schule in Deutschland funktioniert, ist das nicht umsetzbar und deshalb müssen wir in leistungsheterogene Gruppen investieren und dort entsprechende Leistungen bringen.

Herr Heinemann

(*Wolfgang Drews CDU: Das ist doch die einzige Handwerkskammer, die Sie zitieren können!*)

– Herr Drews, halten Sie bitte einmal einen Moment den Mund, ich möchte Herrn Heinemann antworten –, Sie haben mich konkret gefragt, wie wir das finanzieren wollen. Wir haben einen in sich konsistenten Plan von der Abschaffung des Sitzenbleibens bis zu dem Punkt, eine heilige Kuh zu schlachten. Es muss Gymnasien ohne Oberstufe geben, Sie müssen die Oberstufen zum Beispiel zusammenlegen. Warum beharren Sie auf dem Ständesystem. Dieses System hat Verlierer produziert und wird weiter Verlierer und Verliererinnen produzieren und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Schauen Sie sich die Schulen doch einmal an. Wir haben best practise in Hamburg. Gucken Sie sich nur einmal die integrativen Regelklassen an, das sind erste Schritte und Schulen, in die alle Kinder dürfen und niemand aussortiert wird. Die Starken können zum Beispiel schon in der ersten Klasse und nicht erst in der zweiten den Matheunterricht der zweiten Klasse mitmachen. Und der Junge, der ein logopädisches Problem hat, wird nicht aussortiert, sondern bekommt entsprechend eine ambulante Betreuung von Sonderschulkollegen.

(*Marcus Weinberg CDU: Mit Klasse 4 in die Förderschule!*)

Es gibt für jedes Kind eine Eingangsdagnostik, die jedes Jahr fortgeschrieben wird. Warum machen Sie nicht aus den 36 integrativen Regelschulen 100 und bringen das kompetente Fachpersonal dahin, wo es hingehört, nämlich in die Schulen vor Ort? So könnten wir das dann auch weiter in der Sekundarstufe I machen; das wäre der Weg.

(Beifall bei der GAL – *Marcus Weinberg CDU: Warum haben die das nicht umgesetzt, als Sie an der Regierung waren?*)

– Wir haben damit begonnen, die autonome Schule mit Leistungskontrollen, Standards und Schulprogrammen einzuführen.

Meine Damen und Herren! Wir wurden belächelt, als wir das vor acht und zehn Jahren forderten, was ich eben noch einmal deutlich gesagt habe. Wir wollen wirklich diesen langen Atem haben. Sie haben das Problem, dass Sie sich nicht an die Dreigliedrigkeit rantrauen. Das ist keine altmodische Debatte, sondern eine ganz moderne. Als wir den Atomausstieg gefordert haben, da sind die Lichter nicht ausgegangen, als wir die Homo-Ehe gefordert haben, ist die Familie nicht untergegangen, und es wird auch bei der Dreigliedrigkeit kein Untergang sein, sondern es wird moderne Schule und Bildung für unsere Kinder in Hamburg sein. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Goetsch, man kann Gott sei Dank immer zitieren, wen man möchte, ein bisschen wundern darf man sich aber. Helmut Kohl ist natürlich heute das Vorbild und die Kammern sind es auf einmal auch. Bei der Berufsschulreform in Hamburg hören Sie komischerweise nicht so auf die Kammern, das wundert mich immer.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Die Handwerkskammer!*)

Aber das kann man sich natürlich immer so aussuchen, wie es einem gerade passt.

Sie haben gerade von den Jahren 1994 und 1996 gesprochen. Wer hat eigentlich in Hamburg von 1997 bis 2001 mitregiert? Warum haben Sie denn genau diese Dinge nicht umgesetzt? Wo war denn die GAL 1997 bis 2001?

(Beifall bei der CDU – *Marcus Weinberg CDU: So ist es!*)

Nun fordern Sie zu Recht, man müsse die Schulen weiterentwickeln. Das ist richtig, das tun wir auch, das machen wir auch gemeinsam. Ich nenne nur die Beispiele zentrale Prüfungen, neue Bildungspläne, verpflichtende Fortbildungen für die Lehrer, Praxislehrstage für die Hauptschüler, Einführung eines Schul-TÜVs, umfassende Reform der Lehrerbildung und so weiter und so fort. Vielleicht sollte sich die GAL auch einmal ein bisschen weiterentwickeln.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Runter und rückwärts!*)

D

Sie wissen ganz genau, dass die CDU früher immer die Abschaffung der Gesamtschulen gefordert hat. Wir haben die absolute Mehrheit in Hamburg. Schaffen wir die Gesamtschulen ab? – Nein.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL – *Petra Brinkmann SPD: Das wäre ja noch schöner!*)

Wir respektieren den Elternwillen und wir respektieren damit auch die Existenz der Gesamtschulen. Wir haben unser ideologisches Kriegsbeil längst begraben. Tun Sie uns doch einmal den Gefallen und begraben das Ihre auch. Lassen Sie sich uns nicht in Strukturdebatten verzetteln, sondern gemeinsam daran arbeiten, dass es in den Schulen besser wird. Dann kommen wir ein gewaltiges Stück voran. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Ihre Äußerung, Frau Dinges-Dierig, haben Sie sich disqualifiziert und außerhalb einer wichtigen internationalen Debatte über Schulpolitik gestellt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben nicht nur diesen geschmacklosen SED-Hinweis gegeben, Sie haben auch gesagt, die Debatte, ob es um mehr oder weniger Integration ginge, sei eine "Geisterdebatte". Das ist interessant.

(*Petra Brinkmann SPD: Ja!*)

A Wir diskutieren in der Stadt an vielen Punkten über die Frage, ob wir mehr oder weniger Integration wollen und was das Richtige ist, und Sie nehmen die Debatte anscheinend noch gar nicht zur Kenntnis, sondern sehen irgendwelche Geister. Ich glaube, es geht im Moment sehr konkret darum, ob wir mehr oder weniger Integration an Hamburgs Schulen haben. Ich habe mir gewünscht, dass Sie sich hier auch dieser Frage gestellt hätten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenn man die bundesweiten Diskussionen vergleicht, fällt auf, dass Konservative immer erklären, die Debatte über das dreigliedrige Schulsystem versus Integration sei von gestern. Sie sind aber diejenigen, die hart daran arbeiten, das dreigliedrige Schulsystem zu stärken, wo sie es nur können. Das ist interessant. Sie führen diese Debatte überall dort, wo die CDU regiert, und da wird das dreigliedrige Schulsystem massiv gestärkt. Das können wir auch in Hamburg beobachten.

(*Marcus Weinberg CDU:* Wollen Sie nicht die Hauptschule stärken?)

– Herr Weinberg, das konkrete Beispiel, das in Hamburg auf der Tagesordnung steht, ist die Frage der Hauptschule.

Sie sagen, Sie wollen in Hamburg die Hauptschule stärken, und wir sagen Ihnen, das ist vergebliche Liebesmüh, was Sie versuchen. Eltern, Schüler und auch Lehrer wollen diese Schulform in Hamburg nicht mehr.

(*Marcus Weinberg CDU:* Aber die Schüler sind drauf auf der Hauptschule!)

Mein Kollege Lein hat gesagt, 11,8 Prozent der Schülerrinnen und Schüler befinden sich noch in dieser Schulform. Es wäre ein weiser Schritt, wenn Sie den Schritt zu mehr Integration endlich gehen würden, um diesen Schülern einen besseren Bildungsweg zu garantieren. Das wäre eine angemessene Reaktion.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren, Frau Goetsch! Die Debatte zeigt aber, was immer passiert, wenn man sie so anfängt: Die D-Züge rasen aufeinander. Der Bezug auf die PISA-Studie ist nicht eindeutig wissenschaftlich, wie Sie es hier betonen. Es war bemerkenswert, dass es kaum noch Veröffentlichungen der PISA-Studie gibt. Die beiden Bildungsforscher, Herr Baumert und Herr Schleicher, die diese Studie maßgeblich begleitet haben, sind bei dieser Frage zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen. Das ist eine Erkenntnis, die man nicht leugnen sollte.

Die CDU erweckt den Eindruck, man müsse nur zurück in die Sechzigerjahre und alles wäre dann wieder gut. Die GAL erweckt mit ihrem Konzept den Eindruck, man müsse nur einen Hebel umlegen und dann sei alles gut. Beides ist falsch und deshalb werden wir so der Anforderung auch nicht gerecht.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, weil ich irritiert war, dass Herr Schleicher sich sehr negativ geäußert hat. Ein Punkt, in dem wir gemeinsam weitergekommen sind, ist die Frage der nationalen Bildungsstandards. PISA hat gezeigt, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler von Bundesland zu Bundesland variieren. Das ist in einem föderalen System ein unhaltbarer Zustand. Deshalb ist die Reaktion auf PISA, die in diesem Land ge-

gangen wird, konsequent und ich würde es falsch, diese nicht zu sehen. C

Der zweite Punkt, den ich noch in der Aktuellen Stunde nennen will, ist der Bezug auf die OECD-Studie. Frau Senatorin Dinges-Dierig, Sie sollten sich die Zahlen noch einmal vergegenwärtigen. Immer wieder wird deutlich gemacht – das ist ein Hebel, den wir wirklich umlegen müssen –, dass wir mehr in die frühkindliche Bildung und in die Grundschulen investieren müssen. Das zeigen die OECD-Studien auch noch einmal sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Hamburg erzählt, die Klassengröße habe keine Relevanz für die Unterrichtsqualität. Das ist natürlich völliger Unsinn. Wenn man in die OECD-Zahlen guckt, tränen einem die Augen über die guten Rahmenbedingungen, die in vielen Ländern herrschen und die sicherlich auch zum Erfolg der Siegerländer bei PISA beigetragen haben.

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen konnten wir aber lernen, dass Sie die Schere zwischen den Ausgaben für die gymnasiale Oberstufe und die Kosten pro Schüler in der Grundschule gerade verschärfen, Herr Heinemann, indem die Fördermittel für Sprachförderung und Leseförderung im Grundschulbereich massiv abgebaut werden. 2006 wird der Abstand noch größer sein als vor drei Jahren und das ist genau der falsche Weg, den Sie hier eingeschlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich schon mit den Untersuchungen auseinander setzen. KESS hat gezeigt, dass hier ein richtiger Weg eingeschlagen wurde. Es gab mehr Zeit zum Lernen, es gab die Verlässliche Halbtagsgrundschule, die im Übrigen zu Beginn auch nicht überall auf Begeisterung gestoßen ist, und es wurden gezielt Mittel für Sprach- und Leseförderung eingesetzt. Das war erfolgreich und von diesem Weg verabschiedet Sie sich. Das werden die nächsten Untersuchungen leider zeigen. D

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Senatorin, uns ist es durchaus klar, dass das, was wir vorschlagen, möglicherweise noch nicht die Mehrheitsmeinung der Gesellschaft ist. Deswegen werben wir dafür. Wenn Sie aber in Bezug auf eine solche Frage, verkniffen, giftig mit einem SED-Vergleich antworten, dann produzieren Sie etwas, was in Schuldebatten in Deutschland immer verheerend war, nämlich dieses ideologische Zähneblecken. Wir haben es in dieser Frage nicht getan. Wir haben beispielsweise nicht gesagt, auch unter den Nazis gab es Dreigliedrigkeit oder Ähnliches. Ich will solche Vergleiche nicht.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wenn Sie solche Vergleiche nicht wollen, sollten Sie auch nicht beginnen, dieselben hier indirekt zu zitieren. Das möchte ich nämlich auch nicht hören.

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Okay.

- A Dann sagt die Senatorin, das sei eine überholte Debatte. Das ist richtig. Die Debatte über Dreigliedrigkeit wird in keinem Land der Erde geführt, außer in Deutschland. Das ist insofern eine überholte Debatte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Warum ist die Debatte überholt, denn alle Länder hatten ja einmal dreigliedrige Schulsysteme? Weil sich in unseren Gesellschaften etwas geändert hat. Es hat sich eine sehr viel weiter gehende Individualisierung auch der Arbeitsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt abgespielt. Es gibt nicht mehr die klassische Unterscheidung zwischen Industriearbeitern und Angestellten. Die werden einigermaßen homogen Hauptschule, Realschule und die Führungselite das Gymnasium besuchen. Das haben wir in der Gesellschaft nicht mehr. Darum müssen wir darauf achten, die individuellen Potenziale weiter zu fördern.

(*Marcus Weinberg CDU: Ach!*)

Darum reden wir auch nicht über Einheitsschule, sondern über Förderung individueller Potenziale.

(*Marcus Weinberg CDU: Ach!*)

Der finnische Bildungsminister hat bei uns gesagt, ihr dürft nicht über drei oder vier oder fünf Sorten von Kindern reden, sondern über 100 000 verschiedene, und man muss versuchen, auf diese verschieden zu antworten.

Ich glaube – das sage ich jetzt individuell –, dass die konservative Seite – das erklärt auch ein bisschen den Erfolg von Baden-Württemberg und Bayern – in einem Punkt Recht hatte gegenüber den so genannten Progressisten, nämlich in der Kritik an der antiautoritären Erziehung, an der Leistungsfeindlichkeit, die dabei manchmal eine Rolle spielte, und dass strikte Anforderungen aufrecht erhalten wurden. Damit mag zusammenhängen, dass in Süddeutschland in stärker katholisch geprägten Gebieten Familienmilieus eine größere Rolle spielen als in Norddeutschland. Das erklärt wahrscheinlich einen beträchtlichen Teil solcher Unterschiede. Wir müssen uns aber Gedanken darüber machen, warum man sich auf der ganzen Erde davon verabschiedet, die Kinder so früh zu trennen. Wir möchten dafür werben, dass Sie sich mit uns Gedanken machen. Wir wissen selbst, dass man solche Schulreformänderungen nicht mit knappen Mehrheiten erreichen kann und dass der Elternwille eine Rolle spielt. Aber wie ein Elternwille sich entwickelt, hängt auch von unserer Stellungnahme und unserem gemeinsamen Handeln für gute Schulen für alle Kinder in einer neuen Gesellschaft ab. Wir haben den internationalen Beleg dafür, dass wir es so, wie wir es im Moment machen, nicht gut machen. Ich gebe Ihnen Recht, dass eine ganze Reihe anderer Gründe, die wir gemeinsam vertreten – beispielsweise Unterrichtsverbesserungen und mehr Autonomie an den Schulen –, auch eine Rolle spielen. Aber Sie dürfen nicht den einen Punkt, der offenkundig eine große Rolle spielt und das Lehrerverhalten prägt – die Dreigliedrigkeit und das Sortierverhalten –, aus dem Auge verlieren. Es prägt die frühe Erwartung eines Kindes, wenn es von vornherein nicht sicher sein kann, dass es zumindest für sieben, acht, neun Jahre an der Stelle, an der es jetzt ist, sicher bleiben kann, und wenn es den ganzen Tag mit der Angst leben muss, aus seinem Klassenverbund herausgenommen zu werden. Solche Angst wirkt nicht lernfördernd und vor allen Dingen nicht individualitätsfördernd. Wir möchten, dass diese Angst aus unseren Schulen verschwindet. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Weinberg.

Marcus Weinberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Maier, Sie haben durchaus Recht in Ihrer Analyse, wie dieses Schulsystem entstanden ist. Nur, Sie haben sich eben mit Ihrer Meinung ganz entscheidend von der Ihrer Fraktionsvorsitzenden distanziert.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Echt?*)

Das gegliederte Schulsystem ist historisch folgendermaßen entstanden: Damals, in Zeiten der Stände, gab es alles dreigliedrig: das Wahlsystem, das Schulsystem und den Kaiser gab es noch. Bereits in den Sechziger- und Siebzigerjahren hätte man soziologisch gesehen mit einem entsprechenden Schulsystem auf die Veränderung der Gesellschaft reagieren müssen. Das haben wir nicht gemacht. Sie haben Recht, wir haben heute verschiedene Milieus. Herr Maier hat gesagt, jedes Kind braucht seine individuelle Förderung. Genau das machen wir in Hamburg, Frau Goetsch.

(Lachen bei der GAL)

Wenn wir die Begabten und die Hochbegabten fördern, dann ist das individuelle Förderung, wenn wir die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf fördern, ist es individuelle Förderung.

(Beifall bei der CDU)

D

Eine Debatte über das dreigliedrige Schulsystem ist insoweit wirklich überholt. Frau Goetsch, Sie haben McKinsey zitiert. Man muss ja nicht nur das, was McKinsey vorgeschlagen hat, zitieren, sondern auch das, wovor McKinsey gewarnt hat. Der Chef von McKinsey hat ausdrücklich davor gewarnt, jetzt als Ergebnis der OECD-Studie eine Systemdebatte zu führen. Genau jetzt kommen Sie mit Ihrer Systemdebatte. Interessant finde ich Ihren Ansatz, dass Sie sich vom Begriff der Begabung gelöst haben. Da gibt es nun doch entscheidende Unterschiede.

Den Grundsatz, Kinder da aufzunehmen und zu fördern, wo sie sind, wollen wir gerade im Bereich der sonderpädagogischen Förderung umsetzen, Herr Frank. Aber höchst gefährlich nehme ich Ihren Ansatz zu sagen, nur in einer Einheitsschule, neun Jahre lang, kann das Kind individuell am besten gefördert werden. Das widerspricht allen grundsätzlichen Ansätzen, die wir in Deutschland haben. Wenn ich die Individualität und Begabung des Kindes habe, dann muss es Zielsetzung von Bildungspolitik sein, dass man dem Kind individuell das Beste antut, ob es eine Gesamtschule besucht, weil es dort gut lernen kann, ein Gymnasium in einer Hochbegabten-Klasse oder möglicherweise ein Diagnose- und Förderzentrum. Zielsetzung kann es nicht sein, wie Herr Lein althergebrachte, überkommene ideologische Ansätze zu vertreten: Alle sind gleich und deswegen die Gesamtschulen und das ist richtig so.

Herr Lein sagt in einem Nebensatz, neun Zehntel der Hamburger Eltern hätten sich gegen die Hauptschule ausgesprochen. Ihre Konsequenz und Ableitung daraus ist, die Hauptschule läuft aus. Ich kann nur davor warnen, so etwas zu sagen. Es sind jetzt Kinder auf der Hauptschule, um die wir uns zu kümmern haben. Dafür haben

A Sie in den vergangenen Jahren nichts getan. Sie beschimpfen uns dafür, dass wir den Hauptschülern, die jetzt dort unterrichtet werden, endlich wieder Selbstbewusstsein geben.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Drews CDU:
Richtig, bravo!)

Ich erachte es als Frechheit, Herr Lein, gegenüber den Eltern, die ihre Kinder auf die Hauptschule geschickt haben,

(Gerhard Lein SPD: Das haben die gar nicht freiwillig gemacht, die sind dahin geschoben worden!)

die endlich sehen, dass die Politik begriffen hat, dass man die Begabung der Hauptschüler nutzen und ihr Selbstbewusstsein aussteuern muss, damit die Schüler einen Abschluss machen und dementsprechend in den gesellschaftlichen Prozess integriert werden. Und Sie äußern sich darüber nach dem Motto: Das läuft aus. Das ist der Ansatz, den Sie vor 20, 25, 30 Jahren hier vertreten haben. Sie haben die Gymnasien nicht gefördert, Sie haben bei den Gymnasien eingespart. Die Begabung bei den Hochbegabten ist verkommen und Sie haben die Hauptschule – ideologisch bedingt durch den Gesamtschulansatz – zur Restschule werden lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin wie Herr Heinemann der Meinung, dass wir in Hamburg eine gut funktionierende Gesamtschule haben. Kinder, die dort speziell gefördert werden können, sollen dort hingehen. Wir haben Gymnasien und möglicherweise demnächst Hochbegabten-Klassen. Das ist gut für die Kinder, aber lassen Sie doch endlich Ihren Ansatz, alle Kinder sollten gemeinsam eine Schule besuchen. Ich möchte auch, Frau Goetsch, dass alle Kinder zwölf Jahre zusammen zur Schule gehen, Abitur machen, studieren und Computer bauen. Real existierend ist es aber so nicht in Hamburg. Wir haben Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen und verschiedenen Begabungen. Herr Lein, gehen Sie jetzt einmal in eine Hauptschulkasse und schauen Sie sich an, was da passiert, wo die Hauptschüler mitbekommen haben, dass man sich endlich wieder um sie kümmert und ihnen sagt, ihr seid nicht die "Restschüler", sondern ihr seid diejenigen, die nach euren Begabungen in dieser Gesellschaft eine Chance haben. Das haben Sie völlig falsch dargestellt.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen können Sie zur Aktuellen Stunde anmelden, was Sie möchten, aber ein solches Thema in Fünf-Minuten-Beiträgen abzuhandeln und schnell zu sagen, PISA und OECD haben bewiesen, neun Jahre und deswegen machen wir neun Jahre, ist eine verkürzte und schlechte Diskussionskultur.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden morgen an einem Beispiel festmachen, wo Sie Ihre Ansätze haben: integrative Regelklassen, sonderpädagogische Förderung. Kann Herr Maier mit seinem Modell, das Individuum zu betrachten, durchkommen? Oder kommt Frau Goetsch bei Ihnen in der Fraktion durch, die sagt, es gibt ein relativ gut funktionierendes Modell. Eine Bemerkung zur Selektion, weil ich diesen Begriff, den ich als diffamierend erachte, immer von Ihnen höre.

Liebe Frau Goetsch, Sie sagen: Gemeinsam in der Grundschule lernen. Das sagen wir übrigens auch, wohnnah, wir sagen auch integrativ. Aber beachten Sie bitte eines dabei, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, der Nachteil von Fünf-Minuten-Beiträgen ist, dass sie fünf Minuten dauern. Bitte einen Schlussatz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Marcus Weinberg (fortfahrend): Mein letzter Schlussatz: Vergessen Sie dabei bitte nicht, dass viele Kinder nach der vierten Klasse auf die Sonderschule mussten. Das ist Selektion und die wollen wir verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, Herr Weinberg, Frau Senatorin, es ist in allen drei Fällen gleich: Richtige Argumente, die Ihre bisherige schulpolitische, ideologische Position verteidigen, haben wir nicht gehört. Das Wesentliche, was Sie hier vorgetragen haben, war:

"Angriff ist die beste Verteidigung."

Sie wollen am System kurieren, wir brauchen eine Überwindung des Ganzen, weil es weitergehen muss. Der Sinn dieser Debatte ist, Herr Heinemann, dass man überhaupt wieder anfängt, darüber nachzudenken, dass man nicht mehr allein an diesem überholten dreigliedrigen System festhält. Wem sonst wollen Sie denn glauben, wenn nicht der OECD, der Vereinigung der Industriestaaten? Wir sind international inzwischen die allein selig machende Insel der Dreigliedrigkeit. Das ist doch erschütternd. Wenn wir wenigstens an erster Stelle stünden, Herr Heinemann, würde ich sagen: Toll! Aber, nein, das ist nicht der Fall.

(Zurufe – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit der Redner hier durchdringen kann. Im Übrigen hat er das Mikrofon und kommt sowieso besser zurecht als Sie mit den Zwischenrufen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wilfried Buss (fortfahrend): Was wir brauchen, ist nicht das Kurieren am System. Wir brauchen nicht die Gesamtschule weiterhin, sondern wir brauchen die Weiterentwicklung. Das kann zum Beispiel etwas sein, was uns Frau Goetsch versucht hat, hier als Vision darzustellen. Frau Ernst hat zu Recht gesagt, das ist nicht immer das Entscheidende. Viel entscheidender ist das, was direkt beim Schüler und bei der Schülerin ankommt, nämlich die Weiterentwicklung zum individuellen Lernen. Wenn man davon ausgehen muss, dass jeder Schüler verschieden ist, dann ist die entscheidende Frage, wie man ein Schulsystem schaffen will, das diese Voraussetzungen am besten garantiert. Da nützt es nichts zu sagen, wir wollen mehr Integration schaffen. Das schaffen Sie aber so nicht, sondern nur, indem Sie zum Beispiel Geld um-

A schichten und damit mehr Integration schaffen. Über die Art und Weise, wie Sie das machen, haben wir morgen eine Debatte.

(*Marcus Weinberg CDU*: Da ziehen Sie sich mal warm an!)

Sie schaffen es auch nicht, Herr Weinberg, wenn Sie zum Beispiel sagen, man würde jetzt Hochbegabten-Klassen einrichten, das sei das Eingehen auf mehr Individualität. Was machen Sie denn? Sie trennen sie ja wieder. Sie wollen mit dem Antrag von Frau Marita Meyer-Kainer und Ihrer Fraktion wieder eine Segregation schaffen. Das ist genau die falsche Richtung, die Sie einschlagen.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen GAL*)

Wir brauchen in der Tat eine bessere Qualität des Unterrichts und damit von Schulen. In diesem Punkt sind wir auch mit der Senatorin durchaus einverstanden. Aber die Frage des Weges dorthin ist grundsätzlich eine andere. Sie sagen in dieser Debatte und auch generell, wir unterhalten die Gesamtschule. Ja, aber Sie hungern sie gleichzeitig aus. Das ist der Punkt. Außen steht immer noch "Gesamtschule" dran, aber innen ist es gar keine mehr.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie würden mehr Ganztagsschulen schaffen. Dann gucken wir hinter die Fassade und was ist da? Ein ganz schlechtes Niveau mit Suppenküche. Das ist das, was Sie darunter verstehen.

B (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie sagen, Sie schaffen – der Bürgermeister an der Spize – mehr Kita-Plätze und dann gucken wir uns an, wie das aussieht. Wir haben ein wesentlich schlechteres Niveau als vorher. So sieht letztendlich Ihre Bildungspolitik aus.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Deutschland ist leider Gottes mit diesem dreigliedrigen Schulsystem nicht Spitz in der Welt, sondern wir sind Spitz bei der Ungerechtigkeit der Bildungschancen. Das schreibt uns die OECD ins Stammbuch und das ist schlimm und furchtbar.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Robert Heinemann CDU*: Dann gehen Sie doch mal zum Stammtisch!)

Deswegen ist das Wesentliche dieser Debatte – das muss auch für Sie gelten –, dass wir wegkommen müssen von diesen alten ideologischen Denkstrukturen, hin zu einer ganz neuen Denkart.

(*Robert Heinemann CDU*: Genau, das habe ich gesagt!)

– Ja, aber Sie tun das nicht.

Sie sagen nur, das würden Sie wollen, aber die Realität ist ganz anders. Sie wollen immer zulasten derer umschichten, die es am nötigsten hätten. Das ist der richtige Weg in die entsprechende Sackgasse. Das ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke. C

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Weinberg, es ist richtig, die Fünf-Minuten-Beiträge sind nicht dafür geeignet, diese Schuldebatte richtig inhaltlich auszufüllen. Doch ich muss mich bei dieser ganzen Debatte wundern. Seit über einem Jahr haben wir unser Konzept "9 macht klug" im Netz; wir haben es verteilt, wir haben es kommuniziert. Sie haben es immer noch nicht begriffen, das ist das Erstaunliche dabei.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Marcus Weinberg CDU*: Sie haben mich nicht begriffen!)

Das ist auch der Grund, warum wir hier und heute immer wieder mit Engelszungen versuchen zu erklären, was hinter diesem Konzept steckt. Trotzdem verstehen Sie nicht, dass man Individualität auch in einer Klasse fördern kann, dass Individualität auch bedeutet, innerhalb einer Klasse zu gucken, welcher Schüler welche Hilfe oder Förderung braucht.

Für Sie bedeutet Förderung von Individualität zu sagen: Dieses Kind kommt auf das Gymnasium, dieses auf die Realschule und dieses auf die Hauptschule. Das haben Sie nicht begriffen, das tut mir Leid.

(Beifall bei der GAL)

Herr Heinemann, Sie haben gesagt, die GAL ignorieren den Elternwillen. Das ist der Hohn schlechthin. Sie sind für mich die personifizierte Ausgabe von Missachtung von Elternwillen.

(Beifall bei der GAL)

Ich will das ausführen. Ich frage mich allen Ernstes, wo Sie gewesen sind und den Elternwillen gehört haben, als es darum ging, dass Eltern aufgestanden sind und gesagt haben, das Lehrerarbeitszeitmodell zerstöre die Struktur der Schulen und würde den Kindern die Lust am Lernen und den Lehrern die Lust am Unterrichten nehmen und zerstöre eine Lernkultur. Wo haben Sie da auf die Eltern gehört? Gar nicht.

Wo haben Sie auf die Eltern gehört, als die versucht haben, Ihnen zu erklären, dass sie keine Erhöhung der Klassenfrequenzen wollen. Frau Senatorin Dinges-Dierig sagte, ein Schüler mehr oder weniger in der Klasse würde nichts ausmachen. Jetzt sitzen beispielsweise 30 Schüler im Chemiekurs. Wo sind Sie gewesen und haben den Elternwillen gehört, darüber nachzudenken, das zu reduzieren?

Zu guter Letzt: Wo sind Sie gewesen, Herr Heinemann, als es um den Elternwillen ging – das Thema werden wir morgen ausführlich diskutieren –, die integrativen Regelklassen nicht abzuschaffen? Da haben Sie sich bewusst darüber hinweggesetzt und haben die Elterngruppe integrative Regelklasse nicht einmal angehört, sondern am nächsten Tag verfügt: Wir machen Politik, wir bestimmen. Herr Heinemann, das hat überhaupt nichts mit Elternwillen zu tun.

Es ist außerordentlich wichtig, diese Strukturdebatte zu führen. Mit dem dreigliedrigen Schulsystem kommen wir hier nicht weiter. Es ist keine Geisterdebatte, sondern eine Debatte, die hier und jetzt geführt werden muss. Es ist ein gutes Zeichen, dass Sie anfangen, sich weiter mit

A uns darüber auseinander zu setzen. Ich hoffe, Sie sind weiter lernfähig und können uns auch weiterhin folgen.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei dem, was man von Rotgrün eben gehört hat, muss man glauben, dass die letzten drei Jahre hier im Hause bildungspolitisch völlig an Ihnen vorbeigegangen sind.

(Christiane Blömeke GAL: Bei Ihnen!)

So ist zum Beispiel an Ihnen vorbeigegangen, Herr Buss, dass – wie Sie es immer so schön bezeichnen und Frau Goetsch hat es auch gesagt – die Frage der Ganztagschulen und Suppenküchen eine Debatte ist. Man kann an dieser Stelle nicht oft genug sagen, dass das die Standards sind, die Ihre Bundesbildungsministerin Bulmahn gesetzt hat. Also beklagen Sie sich bitte nicht in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen genau, dass der Standard der Hamburger Ganztagsschulen wesentlich höherer ist als der, den Ihre Bundesministerin in Berlin festgesetzt hat.

Frau Blömeke sagte, das dreigliedrige Schulsystem habe versagt und die IR-Klassen seien die Glückseligmachung aller Kinder. Man muss sich die Frage stellen, warum es Rotgrün in ihrer Regierungszeit in der vorletzten Periode bei einem Modellversuch belassen hat, wenn sie doch heute alles so genau weiß. Es ist ein Modellversuch und die CDU hat den Mut gehabt, dieses in der letzten Legislatur mit dem Schulgesetz zu beenden und klare Richtlinien für alle Eltern und für alle Kinder in dieser Stadt aufzustellen und nicht nur die Partikularinteressen einiger Eltern zu berücksichtigen, die ihre Kinder in IR-Klassen schicken können, weil es in ihrem Einzugsgebiet IR-Klassen gibt. Im Gegenteil. Mit der Ungleichbehandlung ist Schluss. Wir sagen, alle Kinder, die gefördert werden müssen, sollen die notwendige Hilfe mit Transparenz für Hamburg erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört eine ganz schöne Frechheit dazu, hier immer zur CDU zu sagen, wir gucken auf PISA. Sie haben völlig vergessen, dass wir für Hamburg etwas viel Wichtigeres haben, was kein anderes Bundesland hat. Wir haben die LAU-5-, die LAU-7-, die LAU-9- und die LAU-11-Studie von Rosi Raab in Auftrag gegeben. Zwei Aussagen aus den LAU-Studien, die für Hamburg absolut wichtig sind, müssen Sie sich doch ins Gehirn geschrieben haben. In jeder LAU-Studie haben wir bestätigt bekommen, dass Mädchen einen Lernvorsprung vor Jungen haben

(Christa Goetsch GAL: Deshalb wollen wir das verändern!)

und dass "in Hamburg soziale Barrieren wirksam sind" – und das bei der vielfach propagierten Schule, die die SPD vorwiegend zu verantworten hat, mit den höchsten Schüler-pro-Kopf-Ausgaben. Gerade dieses Schulsystem, in das Geld "ohne Ende" pro Kopf hineingepumpt wurde, ist ohne Wirkung geblieben. Es ist klar, dass sich die CDU dieser modernen Herausforderung stellen muss. Das tun

wir, meine Damen und Herren, genau mit dem, was Herr Heinmann gerade vorgetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Stichwort Gerechtigkeit. Sie stellen sich hier hin und erwähnen nicht, dass im Jahre 2001 während der SPD-Regierung 14 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne Abschluss verlassen haben und wir damit die höchste Quote hatten.

(Gerhard Lein SPD: Eine Geschichtserinnerung!)

Das ist ein dreistes Stück. Wo ist die soziale Gerechtigkeit, wo ist Ihr Herz für all die, die die Schulen nicht verlassen haben? Frau Goetsch, Sie wissen, dass an dieser Stelle die von mir geliebten Hauptschul- und Realschulabschlusskurse kamen, die in Ihrer Regierungszeit abgeschafft und während unserer Regierungszeit wieder geschaffen worden sind. Die Hauptschule ist weder die von der SPD in der vorletzten Regierungsperiode titulierte "Restschule",

(Lachen bei Christa Goetsch GAL)

noch ist sie eine Schule, die ausgedient hat. Es geht darum, dass wir etwas für die Schwächsten tun müssen und die CDU tut das an dieser Stelle.

(Sabine Boeddinghaus SPD: Was denn?)

Infofern ist es richtig, was gerade vorgetragen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Die neunjährige Schule als Allheilmittel zu propagieren, unterstellt, wie Herr Dr. Maier es vorgetragen hat, dass das längere Zusammenbleiben und das spätere Selektieren in jedem Fall von Vorteil ist. Trotz alledem wissen wir, dass von 16 Bundesländern sogar im rotrot regierten Berlin die sechsjährige Grundschule kein Erfolgsmodell ist. Das heißt, eine längere Grundschulzeit hat sich in Deutschland in anderen Ländern – nicht einmal in den von der SPD dominierten – durchgesetzt. Ich weiß nicht, mit welcher Schlaue Sie glauben, für Hamburg zu sagen, bei sechs Jahren legen wir noch einmal drei Jahre obendrauf, das muss der Renner werden.

Im rotroten Berlin hat sich die sechsjährige Grundschule nicht durchgesetzt. Es ist ein Irrglaube, dass nach neun Jahren die Kinder einen Lernvorsprung haben vor dem, den sie im bisherigen System haben.

Als wir 2002 mit dem Schulausschuss in Göteborg in Schweden waren, haben wir gehört, dass es dort kein Sitzenbleiben gibt. Das wussten wir alle. Es gibt aber ein Problem damit, dass es genügend Schülerinnen und Schüler gibt, die im Unterricht nicht mitkommen. Das eine ist das Formale, das ist richtig, aber es ist doch ein Irrglaube anzunehmen, dass ganz Skandinavien die Antwort auf die Problematik gibt.

(Wilfried Buss SPD: Die Schweden reagieren besser drauf!)

Infofern kann man nicht immer sagen, Finnland, Schweden und die anderen skandinavische Länder hätten die richtigen Lösungen. Die Bedingungen in den Ländern sind historisch völlig anders als in Deutschland und in Hamburg. Das wissen Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, Herr Drews, Sie haben sich nicht an die Kulturpolitik gehalten, sondern haben sich noch einmal in die Schulpolitik eingeschaltet. Wir haben von Ihnen einen der Beiträge gehört, die wir schon aus der letzten Legislaturperiode kannten. Ihr Sachstand hat sich nicht so richtig verändert.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte zu dem etwas sagen, was für mich verzerrt dargestellt wurde. Es gibt in Hamburg die Lernausgangslagenuntersuchung. Hamburg ist das erste Bundesland, das in dieser Breite diese empirischen Untersuchungen – im Übrigen gegen den erheblichen Widerstand in der Stadt – gemacht hat. Aus diesen Untersuchungen sind Konsequenzen gezogen worden, die Sie gerade wieder abschaffen. Das ist doch die Realität, die ich vorhin angesprochen habe.

Wir haben nach den LAU-Untersuchungen in Hamburg Vergleichsarbeiten eingeführt, weil wir nicht hinnehmen wollten, dass die Lernstände an den einzelnen Grundschulen so unterschiedlich sind. Wir haben festgestellt – das hat uns erschrocken –, dass die soziale Herkunft auf den Lernerfolg durchschlägt. Deshalb sind die DaZ-Mittel, die Sprachfördermittel und die Lesefördermittel bereitgestellt worden. Im Übrigen ist es mit der Verlässlichen Halbtagsgrundschule auch dazu gekommen, dass mehr unterrichtet wird. Die KESS-Studie hat gezeigt, dass dies eine sehr erfolgreiche Politik war.

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es dauert in der Schulpolitik immer ein bisschen, bis man die Erfolge sehen kann. Aber aus diesen Lernausgangslagenuntersuchungen sind damals die richtigen Konsequenzen gezogen worden. Ihre Senatorin ist dabei, diese wieder rückgängig zu machen. Dazu hätten Sie einmal etwas sagen sollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte Sie auch in einer anderen Frage korrigieren, was die Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss angeht. Das ist ein Thema, das in den Großstädten alle sehr bewegt und auch die SPD immer sehr bewegt hat. Wenn Sie sich die aktuellen Zahlen ansehen würden, dann hätten Sie bemerkt, dass diese Anfang des Jahrtausends begonnen haben, leicht zu kippen. Es gibt jetzt eine geringere Zahl von Schülerinnen und Schülern, die ohne einen Abschluss die Schulen verlassen, aber 10 Prozent sind immer noch zu viel.

Herr Drews, Sie wagen es, die HASA-/RESA-Kurse anzusprechen. Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode richtigerweise einen Antrag initiiert, dass diese Kurse an der VHS Röbbek ausgeweitet werden sollen. Sie sind an Herrn Lange und an einer Verwaltung gescheitert, die das nicht umsetzen wollten.

(Wolfgang Drews CDU: So'n Quatsch!)

Jetzt scheitern Sie an einer Regierung, die die Einrichtung komplett abschafft. Das ist doch eine persönliche Niederlage von Ihnen für dieses richtige Anliegen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Herr Drews, es stehen nach wie vor 300 Jungerwachsene auf der Warteliste, die in Hamburg gern ihren Hauptschulabschluss nachmachen würden und denen Sie im Moment kein Angebot bieten. Und Sie wagen es, dieses Thema hier anzusprechen.

Ich möchte zum Schluss noch etwas dazu sagen, was Sie mit den Ganztagsschulen machen. Sie nehmen doch gar nicht die große gesellschaftliche Herausforderung an, in Hamburg mehr Zeit zum Lernen am Nachmittag zu schaffen. Dieses Thema stagnierte in der letzten Legislaturperiode, weil Herr Lange immer mehr redete, als er tat. Sie sind doch immer noch damit konfrontiert, dass es in Hamburg gar nicht um Ganztagsschulen geht, sondern dass Sie die Schulzeitverkürzung umsetzen müssen und dafür dieses Programm fehlgeleitet benutzen. Das ist doch die Situation in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der ehemalige Schulsekretär Lange hat für die Schulzeitverkürzung weder zusätzliche Lehrerstellen noch Investitionen bereitgestellt, um die Nachmittagsversorgung zu garantieren. Deshalb gibt es hier bundesweit die billigste Form der Ganztagsschule. Es ist auch bundesweit einmalig, dass diese Mittel nicht verwendet werden, um zu mehr Lernen zu kommen und Kinder zu fördern, sondern um das Abitur nach zwölf Jahren zu finanzieren.

(Wolfgang Drews CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist wirklich etwas ganz anderes.

Wenn das Ihr Standard ist, dann kann ich nur sagen: Sie leisten sich bundesweit den niedrigsten Standard, wo Mittel zugunsten der leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler umverteilt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Drews und Herr Weinberg, ich darf mich ganz herzlich für die Debatte bedanken. Sie sind endlich angekommen. Es ist gut, dass wir uns reiben, darüber freue ich mich. Wir haben darauf ein Jahr lang gewartet; wir werden weiter diskutieren. Im November werden wir die LAU-11-Untersuchung und im Dezember die PISA-3-Untersuchung bekommen. Dann treffen wir uns wieder und werden sehen, wer Recht hatte.

(Marcus Weinberg CDU: Wir!)

Sie bekommen jedenfalls kein Blatt Papier zwischen Herrn Dr. Maier und mich.

(Marcus Weinberg CDU: Ist ja interessant!)

Wir wollen – wir sind mit dieser Vision, das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, ein bisschen weiter als Sie – die Dreigliedrigkeit in der Perspektive abschaffen. Das sagen wir, ohne Angst vor den Wählerinnen und Wählern zu haben. So ist es und nicht anders.

(Beifall bei der GAL – Michael Neumann SPD:
Wenn man nur zehn Prozent will, geht das!)

Herr Drews, Sie haben sich mit Ihrer HASA-Geschichte eben selbst ins Knie geschossen. Darauf gehe ich nicht mehr ein.

A Zu Ihnen, liebe SPD, sage ich deshalb: Seien Sie ruhig ein bisschen mutiger. Heute gab es im schleswig-holsteinischen Landtag in der Aktuellen Stunde eine ähnliche Debatte. Die SPD und die Grünen haben gemeinsam die Frage nach der Struktur gestellt und für ein gemeinsames längeres Lernen plädiert. Da kommen wir bestimmt noch einmal gemeinsam hin. In der Opposition gibt es dazu keine Koalition, wir wollen eine bessere Schule für alle Kinder. Daran arbeiten wir. Es ist gut, dass wir uns heute daran gerieben haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Herr Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Es ist ein bisschen mühsam, aber ich sage ganz offen, dass ich mich nicht daran hindern lasse, immer wieder das, was Sie hier erzählen, Frau Ernst, und was schlicht und einfach nicht stimmt, richtig zu stellen. Es kommt leider sehr häufig vor, dass gerade Sie hier etwas erzählen, was definitiv nicht stimmt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es neulich mit einer Anfrage Ihrer Fraktion erlebt, wo definitiv Unsinn erzählt wurde. Heute passiert genau das Gleiche.

(*Michael Neumann SPD:* Hat Sie Herr Drews geschickt?)

– Nein, ich sage ganz konkret, wie es ist.

B (*Michael Neumann SPD:* Oder sagen Sie Ihre Meinung? Wer ist bei Ihnen schulpolitischer Sprecher?)

Ich sage hier immer meine Meinung.

Wir werden selbstverständlich für Menschen, die künftig ihren Hauptschulabschluss nachmachen wollen, genauso viele Angebote an den Abendhauptschulen bereitstellen, wie es sie jetzt mit den HASA-Kursen gibt. Wir wollen die Menschen und nicht irgendwelche Systeme fördern.

(*Michael Neumann SPD:* Da sagt Herr Drews etwas anderes! Was stimmt denn nun?)

Das ist das Relevante. Wir brauchen entsprechende Angebote für die Menschen, die den Hauptschulabschluss nachmachen wollen. Es ist unglaublich, dass Sie hier so tun, als ob wir genau in diesem Bereich die Angebote einsparen wollen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Goetsch bekommt das Wort.

Christa Goetsch GAL: Ich hatte am Schluss meiner Rede von vorhin ein für alle Beteiligten wichtiges Zitat vergessen.

(*Christian Maaß GAL:* Noch mal den Kohl 'rauspacken!)

Ich darf Herrn Baumert zitieren, weil sein Name gefallen ist. Er hat in seinem zweiten Band der bisher vorgelegten PISA-Trilogie Folgendes gesagt – dass sollten Sie vor allen Dingen in Ihr Hausaufgabenbuch schreiben, weil Sie

die Gymnasien als so erfolgreich hervorgehoben haben C –:

(*Barbara Ahrons CDU:* Wir sind nicht in der Schule, Frau Goetsch!)

"Mit der Expansion der weiterführenden Bildungsgänge und insbesondere mit dem Ausbau des Gymnasialangebotes war immer auch die Hoffnung verbunden, strukturelle Schranken der Bildungsbeteiligung, die sozial diskriminierend wirken, zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund sind die Befunde, die eine relativ hohe Stabilität der sozialen Disparität gerade des Gymnasialbesuchs belegen, desillusionierend."

Das sei zum Schluss noch einmal gesagt. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nun sehe ich endgültig keine Wortmeldung mehr.

Wir kommen zum zweiten Thema, das von der CDU angemeldet wurde:

Vorausschauend handeln – die Zukunft des Hafens sichern

Wer wünscht das Wort? – Herr Mattner.

(*Christa Goetsch GAL:* Wie viele Minuten noch?)

– Die Aktuelle Stunde dauert bis 16.25 Uhr, also noch 15 Minuten.

(*Michael Neumann SPD:* Jetzt kommt der Rasenmähermann!) D

Dr. Andreas Mattner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir möchten Sie heute gern noch einmal mit dem Thema Elbvertiefung befassen, denn die Hafenwirtschaft ist einer unserer wichtigsten Clusterbereiche. In diesem Zusammenhang geschehen dauernd Dinge und deswegen möchten wir heute noch einmal darüber sprechen. Ich möchte auch den Appell für mehr Gemeinsamkeit in dieser für Hamburg so wichtigen Angelegenheit an Sie richten.

(*Michael Neumann SPD:* Streuobstwiese!)

Die Vertiefung von Außenweser- und Unterelbe kann jetzt geplant werden. Bereits am Donnerstag letzter Woche hat das Bundesverkehrsministerium der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord in Kiel dazu uneingeschränkt den Auftrag erteilt. Erst am Mittwoch hatte das Bundeskabinett einen Beschluss zu der von Hamburg und Bremen dringend geforderten Vertiefung gefasst. Diese 15 Zeilen sind ein wenig verklausuliert, sodass eigentlich jeder das für ihn Genehme herauslesen kann. Unklar waren auch die Äußerungen von Bundesminister Trittin. Aber dankenswerterweise stellte der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Rolf Nagel, noch einmal klar, dass das Bundesumweltministerium in die Planung eingeschaltet sei, aber kein Vetorecht habe. Auch durch die schon durchgesetzte Umwelt- und Naturschutzprüfungen wird dieses Vorhaben nicht gefährdet.

(*Michael Neumann SPD:* Rasen mähen!)

Wichtig ist, dass alle erforderlichen Voruntersuchungen eingeleitet werden können. Unser Ziel ist es, Mitte 2006

- A mit dem Planfeststellungsverfahren zu beginnen. In dem Kabinettsbeschluss heißt es hierzu explizit, dass gleichzeitig die Detailplanungen und Untersuchungen aufgenommen werden können, die die Basis für das Planfeststellungsverfahren sind.

Ich möchte daran erinnern, dass der Antrag für die Vertiefung bereits 1999/2000 gestellt wurde. Ich sehe es so, dass die Entscheidung des Bundeskabinetts die hamburgische Politik jetzt nicht daran hindert, weitere Detailplanungen voranzutreiben. Wir können es uns auch eine weitere Verunsicherung nicht leisten, denn sie würde das Verfahren belasten und wäre ein negatives Signal an die internationale Seeverkehrswirtschaft.

Unsere Aufgabe ist es, Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Wir sind zuversichtlich, dass nach den Ergebnissen der Voruntersuchungen keine ökologischen Probleme aufgedeckt werden.

Wir werden – wie es unser Erster Bürgermeister Ole von Beust bereits bei seinem Treffen in Stade versicherte – die von Niedersachsen geforderte Deichsicherheit gewährleisten. Wenn so viele Interessen von Ländern und Anrainern in Rede stehen, dann muss man miteinander reden. Daran hat es früher gemangelt.

Besonders hervorheben möchte ich die Detailarbeit des Ersten Bürgermeisters, der mit viel Einsatz mit den vielen einzelnen Städten auf gleicher Augenhöhe – das ist wichtig – gesprochen hat. Wir sind nur als Region zusammen stark oder auch schwach. Wir sind zuversichtlich, dass die Elbvertiefung ohne Verzögerung umgesetzt werden kann.

- B Die Elbanrainer und die Hansestadt sind davon überzeugt, dass die Elbvertiefung der Region nutzen wird. Fakt ist, dass die Bundesregierung mit diesem uneingeschränkten Planungsauftrag den Weg zur Realisierung der Projekte – wenn auch mit ein wenig Verzögerung – freigemacht hat. Je schneller die Voruntersuchungen auf den Weg gebracht werden und je fixer das Verfahren geht, umso besser wird es für die Exportwirtschaft in Deutschland sein.

Ich möchte an dieser Stelle auf den Staatsvertrag von 1922 eingehen. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat hierzu ein Rechtsgutachten erstellt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass dieser weiter wirksam ist. Er verpflichtet den Bund, die Elbe weiter zu vertiefen. Nach dem Gutachten hat der Vertrag eine mittelbare Auswirkung zum Beispiel auf die Frage der Ausweisung von FFH-Schutzgebieten.

(Michael Neumann SPD: Wie ist das mit Bauauflagen?)

Wir müssen mit den Konjunkturmotoren unserer Stadt pfleglich umgehen. Bekanntlich hat der Hafen zweistellige Zuwachsrate, es brummt im Hafen. Deswegen brauchen wir dort Investitionen, Infrastruktur und er muss natürlich von der Wasserseite her auch erreichbar sein.

Das Landesparlament kann diese Fragen nicht allein lösen, deswegen sind in der aktuellen politischen Situation alle Fraktionen dieses Hauses aufgefordert, ihren Einfluss in Berlin für Hamburg geltend zu machen. Wir werden Berlin in die Pflicht nehmen. Bei der Fahrrinnenanpassung handelt es sich eben nicht nur um ein Hamburger Interesse, sondern um ein Thema für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt.

(Glocke)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Mattner, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Andreas Mattner (fortfahrend): Ja, vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Bedeutung des Hafens – 150 000 Arbeitsplätze in der Region, zweistellige Zuwachsrate bei der Umschlagsentwicklung, Hamburgs Tor zu den neuen EU-Ländern, Hamburgs Chance, an einer Entwicklung des sich dynamisch entwickelnden Ostseeraums direkt teilzuhaben – müssen wir uns hier nicht gegenseitig überzeugen. Das sind alles Dinge, über die wir hier schon des Öfteren gesprochen haben und worüber Einigkeit im Hause besteht.

Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion auf die Ankündigung von Herrn Trittin reagiert, der nicht Hamburg, sondern Wilhelmshaven den Vorzug geben will. Für uns ist klar, dass die Fahrrinnenanpassung kommen muss, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Hamburg hat aufgrund des Vertrages aus dem Jahre 1922 – das hat Herr Dr. Mattner eben gesagt und auch ich habe es in der Debatte vor vier Wochen ebenfalls angesprochen – einen Rechtsanspruch, wenn die Voraussetzungen vorliegen. An unserer Auffassung hat sich in den letzten vier Wochen nichts geändert.

(Beifall bei der SPD)

D

Aber wenn man über die Zukunft des Hafens sprechen und sie – wie es in der Anmeldung zur Aktuellen Stunde heißt – sichern will, dann reicht das natürlich nicht aus. Angesichts der Tatsache, dass wir beim Containerumschlag an unsere Grenzen stoßen und dass es dringend erforderlich ist, die Umschlagskapazitäten zu erhöhen und für Liegeplätze zu sorgen, müssen wir uns Gedanken über die Frage der Finanzierung machen.

Der Senat hat im Wahlkampf ein Investitionsprogramm von 189 Millionen Euro für den Hafen angekündigt. Er gibt zu, dass erst 39 Millionen Euro im Haushalt eingesetzt sind und der Rest für die mittelfristige Finanzplanung ist. Dann wurde das Sonderinvestitionsprogramm von 1 Milliarde Euro groß verkündet, in dem der Hafen einer der Schwerpunkte sein soll.

Wie viel ist dieser Schwerpunkt wert? 400 Millionen Euro oder 500 Millionen Euro? Wie viel Geld wird in diesem Sonderinvestitionsprogramm zur Verfügung gestellt? Im Finanzplan 2005 bis 2009 heißt es, dass 484 Millionen Euro für Investitionen im Bereich Strom- und Hafenbau zur Verfügung stünden. Am Anfang dieser Woche wurde vom stellvertretenden Leiter von Strom- und Hafenbau im Rundfunk mitgeteilt, dass 270 Millionen Euro zusätzlich investiert werden sollen. Steigen Sie da noch durch, meine Damen und Herren? 189 Millionen Euro, 484 Millionen Euro, 270 Millionen Euro. Wie viel Geld wird denn nun effektiv für den Hafen ausgegeben?

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

A Wenn wir das Sonderinvestitionsprogramm dazurechnen, kommen wir auf 1 Milliarde Euro. Wenn es nur die Hälfte ist, wären wir zufrieden, aber diese Hälfte muss solide finanziert sein.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion ist dafür, die Zukunftssicherung des Hafens zu betreiben. Wir sind für den Ausbau des inneren Freihafens, wir sind dafür zu überlegen, wie die Entwicklung nach 2015 aussehen soll und wie sie aussehen muss, wenn wir die Grenze von 15 Millionen TEU erreichen und wie wir sie mit der Hafenfläche, die wir bisher zur Verfügung haben, abwickeln können, wenn man umbaut.

Wir brauchen verlässliche Summen und verlässliche Ansagen im Finanzplan, was, wie, wo und für welche Maßnahmen investiert werden soll, was im Sonderinvestitionsprogramm steht, welche zeitlichen Perspektiven wir haben und welche einzelnen Maßnahmen das sind. Diese Angaben ist der Senat bisher schuldig geblieben.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

Es gab Ankündigungen über 200 Millionen Euro, 300 Millionen Euro und 400 Millionen Euro. Aber es geht nicht darum, Luftbuchungen vorzunehmen, sondern darum, Maßnahmen solide zu finanzieren.

Legen Sie Ihre Pläne vor, dann können wir darüber diskutieren. Diese Aufgabe haben Sie noch vor sich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich gefreut, dass meine Vorredner in der heutigen Debatte Einvernehmen mit uns demonstriert haben, indem sie eine besondere naturschutzfachliche Prüfung und auch eine besondere Prüfung der Deichsicherheit im Rahmen der weiteren geplanten Elbvertiefung nicht kritisiert haben.

(*Ingo Egloff SPD:* Wir haben nie was anderes gesagt, Herr Kerstan!)

– Das ist sehr gut, dass Sie das nicht getan haben, denn die Sicherheit von Leib und Leben der vielen tausend Menschen, die hinter den Deichen wohnen, ist ein wichtiges Gut. Es ist gut, dass es in diesem Punkt zwischen uns keine Differenz gibt und dass auch der Beschluss des Bundeskabinetts damit nur eine Selbstverständlichkeit festgeschrieben hat.

Beim Hafenkonzept, das dort auch vereinbart wurde, gehen die Meinungen allerdings auseinander. Ein nationales Hafenkonzept für die Seehäfen in Norddeutschland ist eine große Chance für Hamburg. Um diese Chance wirklich zu ergreifen, muss der Hamburger Senat allerdings seine fundamentalistische Verweigerungshaltung gegenüber einer Arbeitsteilung der norddeutschen Häfen aufgeben. Wenn er es nicht tut, wird eine Entscheidung gegen die Interessen Hamburgs fallen.

(Beifall bei der GAL – Dr. Andreas Mattner CDU: Wie meinen Sie das?)

Denn an einer Arbeitsteilung zwischen den norddeutschen Häfen führt kein Weg vorbei. Die Zeit, in der die

größten Containerschiffe den Hamburger Hafen anlaufen können, geht dem Ende zu. Schon die nächste Schiffs-generation mit einem Tiefgang von mehr als 16 Metern, die im Moment auf den Konstruktionsbrettern der Werften entsteht, wird den Hamburger Hafen nicht anlaufen können.

Selbst wenn man sämtliche ökologische Bedenken beiseite schiebt, könnte man die Elbe nicht auf mehr als auf 16 Meter vertiefen, man würde unter anderem auf den neuen Elbtunnel stoßen. Insofern wird es eine Arbeitsteilung der norddeutschen Häfen geben müssen. Es wird einen neuen Tiefwasserhafen in der norddeutschen Bucht geben; Hamburg wird dies nicht sein. Das ist schlicht und einfach die Anerkennung der Realität.

Insofern ist es für Hamburg jetzt entscheidend, wo dieser Tiefwasserhafen entstehen wird, um mit ihm eine gute und sinnvolle Arbeitsteilung zu vereinbaren und langfristig die Arbeitsplätze im Hamburger Hafen zu sichern. Cuxhaven wäre mit Sicherheit ökonomisch und ökologisch die beste Wahl, nicht nur für Hamburg, sondern auch für den Bund, denn der Bund müsste in diesem Fall nicht mehr – wie in Wilhelmshaven – die extrem teuren Hinterlandverbindungen und auch die Infrastruktur finanzieren. In Zusammenarbeit mit Cuxhaven könnte Hamburg weiterhin seine vorhandenen Verkehrsverbindungen und die vorhandene Infrastruktur im Lagerbereich nutzen.

Aber dieser Tiefwasserhafen in Cuxhaven liegt nur in Hamburgs Interesse. Wenn der Hamburger Senat jetzt nicht die Alternative Cuxhaven ins Spiel bringt, wird es niemand sonst tun, denn die anderen beteiligten Länder Niedersachsen oder Bremen können mit der Alternative Wilhelmshaven sehr gut leben.

Es besteht jetzt die Chance für den Hamburger Senat, eine Kehrtwende einzuleiten und Cuxhaven in Spiel zu bringen. Dann könnten wir den Hamburger Hafen langfristig sichern. Eine weitere Elbvertiefung mag kurzfristig Vorteile bringen, wird Hamburg aber langfristig ins Abseits stellen. Um dieses zu verhindern, müssen jetzt die Weichen gestellt werden. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darüber Debatten geben. Die Grünen – auch die Hamburger Grünen – werden sich an dieser Debatte beteiligen und für Hamburgs Interessen streiten. Das wird aber sinnlos bleiben, wenn der Hamburger Senat nicht eine genauso verantwortungsvolle Position einnehmen wird.

Ich hoffe, wir werden in Zukunft auch in diesem Punkt eine Übereinkunft erzielen, auch zum Wohle der Arbeitsplätze im Hamburger Hafen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entscheidung des Bundeskabinetts am vergangenen Mittwoch wird die Zukunft unserer Stadt sehr stark prägen. Ich möchte deswegen meinen herzlichen Dank an das Bundeskabinett sagen, dass die Entscheidung zugunsten Hamburgs getroffen wurde. Ich möchte mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Hause, die dieses Vorhaben unterstützt haben, und bei den Hamburger Bundestagsabgeordneten in Berlin bedanken, die uns Rückendeckung gegeben haben. Namentlich möchte ich den Vorsitzen-

C

D

A den des Verkehrsausschusses, Dirk Fischer, und Olaf Scholz erwähnen, die mir in den entscheidenden Tagen sehr zur Seite gestanden haben, um diese Dinge durchzubringen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei *Ingo Egloff und Uwe Grund, beide SPD*)

Ich habe deshalb die Gelegenheit ergriffen, in der Aktuellen Stunde zu diesen Themen zu sprechen, weil es zunächst einige Verwirrungen über das gegeben hat, was in dem Beschluss des Bundeskabinetts enthalten ist.

Wenn man sich den Beschluss genau ansieht und alles das abstreicht, was dort an Rankenwerk enthalten ist, dann ist das Ergebnis eindeutig. Es bedeutet, dass die Vorarbeiten zur weiteren Elbvertiefung begonnen werden können. Ich möchte ein Schreiben verlesen, das in der vergangenen Woche an die zuständigen Beamten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord gerichtet wurde, mit dem sie aufgefordert werden, die Arbeiten sofort zu beginnen:

"Auf der Grundlage des Beschlusses des Bundeskabinetts vom 15.09.2004 zu den weiteren Fahrrinnenanpassungen der Außenweser sowie der Unter- und Außenelbe erteile ich Ihnen hiermit den uneingeschränkten Planungsauftrag."

Das ist eine ganz klare Regelung, die uns nicht durch irgendjemanden kaputt diskutiert werden darf, der daran vielleicht ein Interesse hat.

(Beifall bei der CDU)

B Das Zweite, das ich in diesem Zusammenhang zitieren möchte, ist die Mitteilung des Bundeskanzleramtes an die Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg in Berlin zu diesem Tagesordnungspunkt. Hierin heißt es:

"Mit dem Ziel der Verbesserung der Standortqualität und der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Nordseehäfen werden die beiden Vorhaben – Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe, Fahrrinnenanpassung der Außenweser – den im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 enthaltenen Bundeswasserstraßenvorhaben gleichgestellt."

Dieses ist eine sehr gute Entscheidung zugunsten Hamburgs, über die wir uns alle miteinander freuen können.

Ich möchte, dass eine Botschaft von dieser Debatte in der Hamburger Bürgerschaft an alle ausgeht, die in Übersee oder in Hafenbetrieben auf die klare Ansage gewartet haben, dass in Hamburg die Elbe vertieft wird. Hier hat es in der vergangenen Woche Irritationen gegeben. Die Botschaft muss heißen: Die Vertiefung der Elbe kommt, und zwar für Schiffe mit einem Tiefgang bis 14,50 Metern.

(Zuruf von der GAL: Das ist doch gar nicht sicher!)

Wir werden vonseiten der Behörde in den nächsten Tagen weltweit alle Reeder, die in irgendeiner Verbindung zu Hamburg stehen, in einem Brief über diese Entwicklung informieren. Ich bitte Sie alle dort, wo Sie Einflussmöglichkeiten haben, das Gleiche zu tun, damit keinerlei Irritationen in irgendeinem Unternehmen, das mit dem Hamburger Hafen in Verbindung steht, aufrrechterhalten bleiben.

Wir werden sehr zügig arbeiten. Bereits heute wird von der Arbeitsgruppe der Versand der Ausschreibungsunter-

C lagen erfolgen. Zum Jahreswechsel werden die Aufträge für die Untersuchung erteilt. Wir veranschlagen für die Hauptuntersuchung eine Zeitspanne von zwölf bis 15 Monaten. Das Planfeststellungsverfahren, das ebenfalls ein Jahr dauert, wird sich daran anschließen. Wie die dann folgenden Prozesse ausgehen werden und wie häufig geklagt wird, liegt nicht in der Hand des Parlaments. Aber es wäre gut, wenn die, die einen Einfluss auf diese Dinge haben, hier mit etwas Fingerspitzengefühl herangehen würden.

Ich hoffe, dass wir im Jahr 2007/2008 die Baggerarbeiten beginnen können. Dies ist nicht nur für die Zukunft des Hamburger Hafens, der Hansestadt und Norddeutschlands, sondern auch für die Zukunft der deutschen Wirtschaft insgesamt von großer Bedeutung. Deswegen können wir in Hamburg mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts sehr zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU, bei *Dr. Andrea Hilgers und Britta Ernst, beide SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist abgelaufen. Aber nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gibt es nach Wunsch – Sie erkennen die Bedeutung – die Chance, dass je ein Vertreter der Fraktionen noch einmal für fünf Minuten das Wort nimmt. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen. Im Rahmen der letzten Bürgerschaftssitzung habe ich meine Redezeit schon ein wenig überzogen. Ich werde mich insofern an die Regeln halten; das verspreche ich hiermit.

(*Bernd Reinert CDU: Es gibt keinen sitzungsübergreifenden Ausgleich!*)

Herr Kerstan, dass wir politisch nicht immer einer Meinung sind, was die Position Hamburgs und die Vertiefung der Elbe anbelangt, brauche ich hier nicht zu verdeutlichen. Cuxhaven ist für uns kein Thema. Das sage ich einmal ganz deutlich. Deutsche und internationale Reeder werden sich von uns Politikern nicht vorschreiben lassen, wo sie mit ihren Schiffen hinfahren wollen.

Im Übrigen noch einmal für Sie zur Verinnerlichung: Hamburg ist ein Tiefseewasserhafen. Daran gibt es nichts zu deuteln. Herr Dr. Matzner hat gerade erläutert, welche Bedeutung der Hamburger Hafen für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten norddeutschen Raumes hat. Angesichts der insgesamt nicht gerade boomenden Konjunktur ist die positive Entwicklung des Hamburger Hafens umso bedeutsamer. Voraussetzung für den Erfolg des Hamburger Hafens ist die Tatsache, dass hier sowohl die logistischen Voraussetzungen erfüllt sind als auch die Hinterlandanbindung auf einem guten Stand ist.

Vor diesem Hintergrund, Herr Kerstan, erscheint die Überlegung der GAL, Cuxhaven zu dem deutschen Tiefseewasserhafen zu machen, als wirklichkeitsfremd und kontraproduktiv. Der Vorschlag ist reine Theorie, die die logistische und verkehrliche Einbindung des Hafens nicht berücksichtigt. Wo soll das Geld für die Investitionen der Infrastruktur herkommen? Wir haben an der Nordseeküste mit Hamburg und Bremerhaven zwei sich überaus erfolgreich entwickelnde Häfen, die durch den geplanten Hafen in Wilhelmshaven durchaus eine sinnvolle Ergänzung finden können.

- A Der Wettbewerb zwischen diesen Häfen führt dazu, dass sich optimale Strukturen und eine rasche Anpassung an die Erfordernisse der Märkte ergeben. Erforderlich ist eine Politik, die nicht nur von den heutigen Anforderungen ausgeht, sondern langfristig vorausschauend ausgelagert ist, so wie der Hamburger Senat sie beim Hafen betreibt. Nur so werden wir auch künftigen Anforderungen gerecht werden können.

Eine Politik "pro Hamburger Hafen" und damit für Hamburg erfordert nicht nur eine Modernisierung der Hafenverwaltung – wie es der Senat mit der Port Authority beabsichtigt – und diverse Infrastrukturmaßnahmen, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden, sondern vor allem die Fahrtrinnenvertiefung, um auch künftig die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens für die Schiffe, die den interkontinentalen Seeverkehr dominieren werden, zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren von der GAL! Verabschieden Sie sich von der Luftnummer Cuxhaven, die im Ergebnis nur dazu führt, dass der Hamburger Hafen in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit geschwächt wird und nur noch Chancen im Bereich der regionalen Verkehre, der sogenannten Feederverkehre hat mit der Folge, Herr Kerstan, der Schwächung der Wirtschaft Hamburgs und der Vernichtung von Arbeitsplätzen in erheblichem Umfang. Eine derartige Politik wäre für Hamburg gefährlich. Lassen Sie uns stattdessen – und das wäre hier auch mein Appell – gemeinsam in Berlin dafür kämpfen, dass der Hamburger Hafen auch künftig einen großen Beitrag zum Wohle Hamburgs und der Region leisten kann.

- B Zum Abschluss wiederhole ich meine Eingangsworte von der letzten Bürgerschaftssitzung: Jedes Seeschiff – meine Damen und Herren, das sollten Sie sich vielleicht einmal einprägen –, das den Hamburger Hafen anläuft, braucht mindestens eine Handbreit Wasser unter dem Kiel. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD:
Ja!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sehen Sie, Herr Ohlsen, das waren drei Minuten und 48 Sekunden, also es geht.

Jetzt ist die Aktuelle Stunde endgültig beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3, der Wahl eines vertretenden Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines vertretenden Mitglieds des
Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drucksache 18/836 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Randt Ihren

C Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte nun Frau Thomas, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte, nun die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung geschlossen.

Unterbrechung: 16.43 Uhr

Wiederbeginn: 16.49 Uhr

D **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war kein Stimmzettel ungültig. Auf Frau Dr. Susanne Rubbert entfielen 106 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist Frau Dr. Rubbert zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte Frau Dr. Rubbert, hier nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Frau Dr. Rubbert, die Bürgerschaft hat Sie eben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen?

Dr. Susanne Rubbert: Ich nehme die Wahl an.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtes vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten.

Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwör es" oder "Ich schwör es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

A "Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Dr. Susanne Rubbert: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in Ihrem neuen Amt, bei der Amtsführung alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre neue Aufgabe.

(Beifall im ganzen Hause)

Damit wir in Übung bleiben, kommen wir jetzt zum Punkt 18 a, dem Dringlichen Senatsantrag: Vorschlag des Senats für die Wahl des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten durch die Bürgerschaft.

[Dringlicher Senatsantrag:

**Vorschlag des Senats für die Wahl des
Hamburgischen Datenschutzbeauftragten durch die
Bürgerschaft – Drucksache 18/918 –]**

Nach Paragraph 21 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes wählt die Bürgerschaft auf Vorschlag des Senats eine Hamburgische Datenschutzbeauftragte oder einen Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.

B Nach Paragraph 38 unserer Geschäftsordnung ist dafür eine geheime Wahl erforderlich, die in Wahlkabinen stattfindet. Wir verfahren wiederum so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Randt Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor.

Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelhaft erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.) C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Alle waren gültig. Herr Hartmut Lubomierski erhielt 90 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist Herr Lubomierski zum Hamburgischen Datenschutzbeauftragten gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 a auf, die Drucksache 18/886: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der
Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für
Wissenschaft und Gesundheit – Drucksache 18/886 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er erhält jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zu Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.* D

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf, die Drucksache 18/774, Senatsantrag: Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften in Hamburg, Stellungnahme des Senates zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10./11. Dezember 2002, "Aufwertung der Arbeit der Joachim Jungius-Gesellschaft in Hamburg".

[Senatsmitteilung:

**Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften in
Hamburg**

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 9./10./11. Dezember 2002
(Drucksache 17/1879): "Aufwertung der Arbeit der
Joachim Jungius-Gesellschaft in Hamburg"
– Drucksache 18/774 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Die GAL-Fraktion möchte die Drucksache zusätzlich mitberatend an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß, Sie haben es.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns liegt heute ein Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften vor, ein

* Ergebnis siehe Seite 563 A

Unterbrechung: 17.02 Uhr

Wiederbeginn: 17.08 Uhr

A Meilenstein für Hamburg als Metropole des Wissens und als internationalem Wissenschaftsstandort. Schon in der 16. und 17. Legislaturperiode war die Akademie ein Thema hier im Hause. Im Dezember 2002 haben wir dann mit Fraktionskollegen zusammen einen Antrag zur Aufwertung der Arbeit der Joachim Jungius-Gesellschaft in Hamburg gestellt, mit dem Ziel, den Wissenschaftsstandort Hamburg für den internationalen Wettbewerb mit Weitsicht zu rüsten.

Es ging uns darum, den Forschungseinrichtungen eine internationale, interdisziplinäre und professionelle Plattform für den kontinuierlichen Austausch zwischen renommierten Wissenschaftlern zu schaffen sowie den Nachwuchs in diesem Rahmen massiv zu fördern.

Mit dieser Struktur unterscheiden wir uns von den sieben anderen bereits in Deutschland existierenden Akademien. Wir müssen uns nicht der Tradition einer Gelehrtenakademie verpflichtet fühlen wie zum Beispiel die Berlin-Brandenburgische Akademie mit ihren bis ins 17. Jahrhundert zurückgehenden Wurzeln, sondern wollen uns mit dieser Akademie an moderne Arbeitsformen richten und damit die Arbeitsakademie zum Start bringen.

Herausragendes Merkmal ist dabei die personelle Besetzung der Akademie nach Schwerpunktthemen. Die ausgewählten Personen müssen zu den Themenachsen passen. So sind für die Startphase der Akademie die folgenden Themen angedacht worden: Gesundheit im Rahmen künftiger Lebensbedingungen unter Beteiligung der Mediziner, Soziologen, Politologen, des Bereichs der Sterbehilfe und der Prävention. Weiteres Thema soll der Umgang des Menschen mit der Natur sein. Der Themenbogen reicht von der Ökologie über die Physik, Biologie zu Menschen und Arbeitsbedingungen. Ein dritter Punkt ist Wissen und Kommunikation, Experten versus Allgemeinheit, Entfremdung der Forschung von den Menschen, Glaubwürdigkeit. Ein letztes Thema ist Soziales Zusammenleben und Regierungsformen, Politologie und Soziologie.

Ich denke, liebe Kollegen von der SPD und der GAL, hier wird auch deutlich, dass die Geisteswissenschaften in der Stadt nach wie vor einen Stellenwert haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört aber auch die Einrichtung eines Wissenschaftskollegs für deutsche und internationale Nachwuchswissenschaftler. Das ist ein ganz praktischer und, wie ich meine, sehr effektiver Schritt in Richtung auf die Profilierung Hamburgs als international wettbewerbsfähiger Wissenschaftsstandort. Auch der Geschäftsführer der Union der Akademien der Wissenschaften, Dr. Dieter Herrmann, betont ausdrücklich die Bedeutung der Akademien für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Warum? – Die Akademien sind für junge Forscher aus aller Welt interessant, denn sie sind die größten Preisgeber: durchschnittlich im Jahr 25 bis 30 Preise. Außerdem richten sie Schwerpunkte ein, die sich an den wissenschaftlichen Nachwuchs richten, und sie initiieren attraktive Forschungsprogramme, in denen die Fellows – die klugen Köpfe – mit einbezogen werden.

Alle Bemühungen im Punkte Wissenschaftsförderung nützen also dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsstandort Hamburg nichts, wenn im In- und Ausland der Begriff "Metropole des Wissens" nicht auch mit Inhalten gefüllt werden kann. Die Akademie der Wissenschaft in Hamburg wird daher auch eine große Lücke in Bezug auf

die Kommunikation unserer Forschungsprojekte schließen. Die Wissenschaftsforen der Akademien werden dazu beitragen, dass Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit stärken sie nicht nur das Ansehen der Hansestadt als Wissenschaftsstandort, sondern sie befrieten vor allem auch den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg als wachsende Stadt braucht unabhängige Beratungsinstanzen, die Zukunftsthemen mit hoher gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Bedeutung besetzen und sich mit ihnen auf einem hohen, internationalen Niveau auseinander setzen. Auch das wird Aufgabe dieser Akademie sein.

In der schon seit Jahren in der Diskussion befindlichen Gründung einer nationalen Akademie hat Hamburg im Wettbewerb der Partizipation daran mit der nun erfolgten Gründung der Hamburger Akademie ganz hervorragende Chancen. Mit der Gründung der regionalen Hamburger Akademie – übrigens der einzigen im Kern Norddeutschlands – erschließen wir uns den Zugang zum vorbereitenden Gesprächskreis dieser nationalen Akademie.

Die Joachim Jungius-Gesellschaft übernimmt bereits seit Jahren fächerübergreifende Kommunikations- und Kooperationsaufgaben in dieser Stadt. Das Mäzen-Ehepaar Greve wird die Startfinanzierung der Akademie der Wissenschaften bis zum Jahr 2007 fördern. Dann erst übernimmt die Stadt die volle Finanzierungsverpflichtung. Ich möchte – und ich hoffe, ich spreche im Namen des gesamten Hauses – an dieser Stelle auf die Verdienste des Ehepaars Greve für den Wissenschaftsstandort hinweisen und mich auf diese Weise ganz herzlich für dieses tolle Engagement bei den beiden bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Es wird deutlich, dass Mäzenatentum für diese Stadt, aber auch für die Wissenschaft immer wichtiger wird, weil wir es alleine mit Staatsausgaben, gerade wenn es um solche Anschubfinanzierungen geht, nicht schaffen. Deshalb ist das Engagement der Greves in Form der Startfinanzierung und der Unterbringung der College-Studenten in Lokstedt ein ganz wichtiges Standbein.

Mit der Einrichtung der Akademie füllen wir die Stadt des Wissens mit Leben und freuen uns auf die Früchte eines lebendigen Austausches zwischen jungen und renommierten Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. So wird diese Akademie ein weiterer Meilenstein auf dem Weg Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole des Nordens sein. Ich denke, wir werden sowohl im Haushalt als auch im Wissenschaftsausschuss Gelegenheit haben, über dieses Projekt nicht zu streiten, hoffe ich, sondern uns weitere Gedanken zu machen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Beuß hat uns eben in dankenswerter Weise die gesamte Drucksache vorge stellt. Ich werde uns ersparen, das jetzt komplett zu wiederholen.

C

D

- A Wenn man das sieht, hat man eher den Eindruck, dass die CDU das Thema angemeldet hat, um dem Catering-Service des Rathauses ein bisschen mehr Umsatz zu bringen. Ich finde natürlich, dass es dem Thema gar nicht angemessen ist, dass nur so wenige hier sind.

(*Barbara Ahrons CDU*: Bei Ihnen fehlen alle!)

Schon vor fast zehn Jahren hat sich das Parlament mit der Jungius-Gesellschaft und der möglichen Gründung der Akademie der Wissenschaften befasst. Die CDU forderte damals lautstark – Herr Beuß, Sie werden sich womöglich daran erinnern, vielleicht nicht freiwillig, aber dann helfe ich Ihnen gern –,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Kommen Sie mal zur Sache, Mensch!)

dass die Akademie der Wissenschaften vom Senat bezahlt werden müsse, damals vom rotgrünen Senat. Was sehen wir nun? Einen Senatsantrag. Aber wer gibt nun das Geld? Die wahren Geldgeber sind die Professores und Eheleute Greve, denen ich für ihr Mäzenatentum in Sachen Hochschulen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich Dank sagen möchte.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Hatten wir schon!)

Der Senat aber ist knickerig wie eh und je. 91 000 Euro pro Jahr sollen in den Jahren 2005 bis 2007 dazugegeben werden. Peinlicherweise hatten 41 000 Euro der Senatsmittel, die dafür verwendet werden sollen, den Verwendungszweck "Hamburg und das Erbe des Dritten Reiches". Ist dieses Erbe ab 2005 nicht mehr da? Das ist eine Frage, die man sicherlich im Wissenschafts- und im Haushaltsausschuss klären sollte. Erst ab 2008 soll die Akademie durch Senatsmittel finanziert werden. Dann gebührt also der wahre Dank für dieses Leuchtturmprojekt nun wirklich nicht dem Senat, sondern den Mäzenen, denn ohne diese wäre gar nichts zustande gekommen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sie haben überhaupt nichts auf die Reihe gekriegt, Herr Marx!)

Die Eheleute Greve geben 1,5 Millionen Euro.

Schauen wir uns aber neben den finanziellen Aspekten einmal an, was diese Akademie sinnvollerweise eigentlich machen soll. Ziel ist – ich zitiere –

"... die Intensivierung Fächer und Institutionen übergreifender Forschung mit dem Ziel, die vorhandenen national und international hervorragenden Fachkompetenzen zusammenzuführen ...".

Wenn die Akademie denn wirklich dieses hebre Ziel erreichen will, muss sie sich aber sehr beeilen. Auf Wunsch des Senats und des Senators Dräger sind ja viele herausragende Fächer an der Universität infrage gestellt. Wer soll denn da künftig kooperieren, wenn all diese Fächer künftig nicht mehr in Hamburg vertreten sind? Oder wird die Akademie der Wissenschaften den verfolgten Fächern wissenschaftliches Asyl gewähren?

Ich denke, Hamburg braucht beides, den sowohl gut organisierten Blick über den Tellerrand der eigenen wissenschaftlichen Disziplin als auch eine Universität, die viele ganz besondere Wissenschafts- und Studienangebote vorhält.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal* und *Dr. Andrea Hilgers*, beide SPD)

Mit Herrn Dräger werden wir aber bald eine Akademie ohne ausreichenden universitären Unterbau erleben. Die SPD-Fraktion wird dem Gesetz über die Einrichtung der Akademie zustimmen. Ob wir Ihrem Finanzierungsvorschlag zustimmen, werden wir uns noch sehr genau überlegen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Opitz.

(*Karen Koop CDU*: Oh, herzlichen Glückwunsch!)

Dr. Heike Opitz GAL:* – Tatsächlich, ja.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Einrichtung einer Akademie der Wissenschaften ist wichtig und sinnvoll. Darin sind wir uns alle einig. Wie wir auch schon gehört haben, ist es natürlich keine ganz neue Idee, sondern es wurde eben schon 1998 diskutiert und dann unter der Senatorin Krista Sager weitergeführt. Da gab es eine Expertenkommission, die gerade diesen wichtigen Gedanken aufgegriffen hat, dass es eben nicht die Akademie im traditionellen, klassischen Sinne sein soll, sondern eine Arbeitsakademie. Die Besonderheiten sind eben, dass hier Interdisziplinarität und Internationalität gefördert wird, es also die Förderung von Fächer und Länder übergreifender Forschung gibt und als ganz zentralen Punkt die Förderung von jungen Wissenschaftlern und eben auch die Behandlung von ethisch und gesellschaftlich wichtigen Fragen. Es geht also darum, keinen Elfenbeinturm zu schaffen, sondern den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern.

D

Dieses alles ist sehr wünschenswert, und dafür – das muss man auch sagen – verdient das Mäzene-Ehepaar Greve, das dies ermöglicht, unseren herzlichen Dank.

Leider fehlt mir bisher noch eine ausreichende parlamentarische Debatte um haushalts- und wissenschaftspolitische Einzelfragen. Politisch ist klar, dass wir natürlich relativ wenig Geld zur Verfügung haben und dass auch die private Anschubfinanzierung sehr gut ist. Trotzdem möchte ich im Haushaltsausschuss noch einmal darüber diskutieren, wie wir mit der Streichung umgehen, wo die 41 000 Euro herkommen, die in den nächsten Jahren von Staatsseite der neuen Akademie der Wissenschaften zufließen.

Daneben gibt es ein weiteres großes Problem, nämlich dass ab 2004 der Haushalt mit zusätzlich einer halben Million Euro belastet werden wird. Wenn dies eine Erhöhung des Wissenschaftsetats zur Folge hätte, wäre das sehr zu begrüßen. Bildung, Hochschulbildung und Forschung sollen unserer Meinung nach Schwerpunkte der Politik sein. Zu befürchten ist aber, dass diese Mittel nicht zusätzlich bereitgestellt werden, sondern aus dem jetzigen Hochschulhaushalt entnommen werden. Damit würde in den Hochschulen Geld für Lehre und Forschung fehlen. Das wäre eine Katastrophe, denn was nützt uns eine Akademie der Wissenschaften, wenn sich durch sie die Bedingungen an den Hochschulen verschlechtern? Die Errichtung dieser Akademie darf daher nicht zulasten der Hochschulen gehen, denn diese erfüllen durch ihre Forschung und Lehre einen ebenso wichtigen gesellschaftlichen Zweck wie dies die Akademie der Wissenschaften tun soll.

- A Über die Frage, wie die Mittel 2008 verteilt werden, können wir natürlich heute noch nicht entscheiden und auch noch nicht wirklich Auskunft erhalten. Dennoch wäre es mir schon sehr wichtig zu wissen, wie sich der jetzige Senat die Perspektive vorstellt, woher diese Mittel kommen und ob es tatsächlich zusätzliche Mittel sein sollen.

Daneben gibt es auch in der Drucksache einen Gesetzentwurf. Ich möchte Sie jetzt nicht mit diesen ganzen Detailfragen belästigen, das wäre auch zu viel. Es ist aber auch der Grund, warum ich diese Drucksache sehr gern im Wissenschaftsausschuss noch einmal besprechen möchte, um die Detailfragen dort anbringen zu können. Eine Debatte in den jeweiligen Fachausschüssen wäre also sinnvoll, um diese Einzelfragen noch klären zu können. Ich freue mich daher über die Zustimmung der CDU zur Überweisung an den Haushaltsausschuss und hoffe nach dem, was Wolfgang Beuß gesagt hat, dass Sie einer Überweisung mitberatend an den Wissenschaftsausschuss zustimmen, und freue mich auf die hoffentlich noch spannende Debatte in den Ausschüssen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Senator Dräger, Sie haben das Wort.

Senator Jörg Dräger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gratulation, Frau Dr. Opitz, für die Promotion, die Sie abgeschlossen haben.

(Beifall im ganzen Hause)

- B Eine Akademie der Wissenschaften steht uns in Hamburg gut zu Gesicht und zwar nicht, weil wir auch wollen, was andere schon haben, sondern vielmehr aus der Erkenntnis heraus, dass eine Akademie der Wissenschaften in Hamburg einen substanzuellen Beitrag zu einem zukunftsähigen, zu einem gut aufgestellten Wissenschaftssystem in Norddeutschland liefern kann und – ich bin überzeugt – mit unserem Konzept auch liefern wird. Denn wir brauchen in Hamburg einen zentralen, übergeordneten Ansprechpartner der Wissenschaften, der eine hohe Anziehungskraft hat und der Wissenschaft mit starker Stimme Gehör verschafft. Wir benötigen ein Zentrum des interdisziplinären Austausches, ein Dach, unter dem sich viele Fächer sammeln und gemeinsam wichtige Zukunftsfragen bearbeiten können. Wir brauchen eine Anlaufstelle, eine Repräsentanz für internationale Wissenschaftskontakte. Dieses soll die Akademie der Wissenschaften in Hamburg leisten.

Es werden sich also fünf vorrangige Aufgaben stellen: erstens, Forschung zu intensivieren, und zwar Forschung, die sowohl Fächer als auch Institutionen übergreift. Zweitens, die internationale Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandortes Hamburg und auch Norddeutschland stärken. Drittens, den wissenschaftlichen Nachwuchs – der Abgeordnete Beuß hatte das schon betont – durch Einbindung auch nationaler und internationaler fellows zu unterstützen. Viertens – das, glaube ich, liegt uns allen besonders am Herzen – eine neue Phase im Dialog von Wissenschaft und Öffentlichkeit zu erreichen und fünftens den interdisziplinären Wissenschaftsaustausch auch auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern.

Wir streben dabei bewusst nicht die achte Kopie einer Akademie an, die schon besteht, sondern haben uns für

eine neue Konstruktion entschieden. Ziel ist die Gründung einer modernen Arbeitsakademie, einer jungen Akademie, die durch die Erhöhung an wissenschaftlicher Kompetenz Anziehungskraft auf hervorragende Köpfe mit sich bringt und somit positiv auf das Wissenschaftssystem in Hamburg wirkt.

C

Auch der gewünschte Arbeitsstil der Akademie ist neu und anders. Wir wollen eine Akademie, die sich Themen schwerpunkte in ihrer Arbeit setzt, die fokussiert. Ordentliches Mitglied kann nur werden, wer sich diesem Fokus und diesen Arbeitsschwerpunkten anschließt. Einen besonderen Akzent erhält die Akademie durch die Berufung der young fellows. Deren Auswahl soll in Perspektive auf die konkreten Arbeitsthemen geschehen. Die fellows werden so mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Region zusammenarbeiten, einerseits dadurch gezielt den Nachwuchs fördern und andererseits die internationale Wahrnehmung der Metropolregion stärken. Gerade diesen Aspekt möchte ich betonen, nämlich die Wirkung auf die Metropolregion, die Wirkung über Hamburgs Grenzen hinaus, denn weder in Hamburg noch in Schleswig-Holstein, noch in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremen gibt es heute eine derartige Einrichtung. Diese Akademie wurde so konzipiert, dass sie für die norddeutsche Kooperation offen ist. Insgesamt wird also einiges anders als in den bestehenden Akademien.

D

Meine Damen und Herren! Der Senat setzt mit diesem Vorhaben ein Ersuchen der Bürgerschaft um, das eine Aufwertung der Joachim Jungius-Gesellschaft zum Ziel hat. Die Jungius-Gesellschaft hatte in der Vergangenheit Großartiges geleistet, wissenschaftliche Symposien veranstaltet und ich freue mich sehr, wie aktiv und engagiert die Jungius-Gesellschaft diesen Gründungsprozess begleitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Insofern wird sie auch in der Gründungskommission vertreten sein, die gemeinsam die ersten Mitglieder berufen und den inhaltlichen Rahmen setzen wird.

Ich möchte aber – genau wie meine Vorredner – einen Punkt nicht unerwähnt lassen, der äußerst wichtig ist, denn die Einrichtung dieser Akademie der Wissenschaften ist insbesondere auch deswegen gelungen, weil sie vom Stifterhepaar Greve durch großzügige Schenkungen gefördert wird. Die Finanzierung der Grundausrüstung der ersten drei Jahre und die räumliche Unterbringung der fellows wird uns einen guten Start ermöglichen. Von unserer aller Seite einen herzlichen Dank an Frau Professorin Greve und Herrn Professor Greve für diese Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Damit ist die Basis für eine erfolgreiche Arbeit gelegt. Es gibt noch einiges zu tun. Inhaltliche Konzeptionen, Projekte und Programmförderungen müssen noch auf die Beine gestellt werden. Aber mit dieser Basis kann ich den Mitgliedern der Akademie und ihren Förderern nur viel Erfolg wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

A Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/774 an den Haushaltungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache mitbeteiligt an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig.

Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit sind 101 Stimmzettel abgegeben worden. Alle waren gültig. Herr Rainer Töbing erhielt 89 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Damit ist Herr Töbing gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 60 auf, Drucksache 18/862, Antrag der CDU-Fraktion: Neue Bauordnung, Vereinfachung und Entschlackung von Vorschriften.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Neue Bauordnung
Vereinfachung und Entschlackung von Vorschriften
– Drucksache 18/862 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir brauchen eine Politik der Entbürokratisierung, der Vereinfachung und der neuen Wege. Der vorliegende Antrag dient genau diesem Zweck.

B (Beifall bei der CDU)

Verfahren nach der noch geltenden Bauordnung sind zum Unverständnis vieler Bürger aufwendig, langwierig und in weiten Teilen nur für ausgewiesene Experten verständlich. Mit unserem Antrag wollen wir mehr Transparenz, Beschleunigung und Deregulierung auf den Weg bringen. Darüber hinaus streben wir mit einer modernen Bauordnung aber auch weitergehende städtebauliche Ziele an. Sie soll auch als Instrument dienen, um architektonische und innovative Vielfalt in unserer Stadt zu steigern.

Nun zu den Prüfaufträgen im Einzelnen. Sinnvollerweise sollte die neue Bauordnung analog zur bundeseinheitlichen Musterbauordnung verfasst werden, die in ihrer grundlegend überarbeiteten Form wieder eine Leitfunktion übernimmt. Grundsätzlich soll die neue Bauordnung deutlich entshlackt werden. Experten sind der Auffassung, dass etwa ein Drittel der materiellen Anforderungen entfallen können. Dies wird zweifellos zu einer Beschleunigung und zur größeren Verständlichkeit der Verfahren führen. Denn, meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass nur Juristen oder Experten wissen, was bau-technisch zulässig ist und was nicht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss die Bauordnung insgesamt lesbarer gestaltet werden und klar am Schutzziel orientiert sein, damit sie nicht zuletzt für den Bürger beziehungsweise für alle Bauwilligen nachvollziehbar ist.

Aber auch inhaltlich sind grundlegende Veränderungen und Erweiterungen geboten. Manche der bisherigen Vorgaben, zum Beispiel hinsichtlich der Baumaterialien, sind nicht mehr zeitgemäß. Die Qualität von Baustoffen wird

ständig weiterentwickelt und entspricht daher modernsten Sicherheitsstandards und anderen Anforderungen. C

Der Brandschutz muss daher in der neuen Bauordnung neu geregelt werden. Das Brandschutzkonzept der Musterbauordnung hat den Einsatz von Holz auch auf mehrgeschossige Gebäude erweitert. Wir möchten, dass auch in Hamburg möglich wird, was in Skandinavien, in den USA oder in Kanada schon lange üblich ist. Zurzeit ist Holzbauweise nur bei Einfamilienhäusern bis zu zwei Geschossen zulässig und, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir diese Randbemerkung gerade wegen unserer Sitzung vor zwei Wochen: Wir können damit auch unsere derzeitige Architekturdebatte über Glas, Beton und Backstein um einen weiteren Baustoff erweitern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! In der neuen Bauordnung sollte auch das Abstandsflächenrecht sowie Befreiungs- und Ausnahmegenehmigungen neu geordnet und vereinfacht werden. Bei der Abstandsberechnung werden derzeit Erker, Dächer und andere Vorsprünge einbezogen und der Abstand eines Hauses zum nächsten muss die Hälfte seiner Höhenmeter betragen. Dies sollte geändert werden. Wir halten unter anderem eine Reduzierung des Maßes von 0,5 auf 0,4 Meter, wie in der Musterbauordnung vorgesehen, für denkbar. Dies würde eine städtebauliche Verdichtung bedeuten, aber auch mehr Vielfalt in das gleichförmige Erscheinungsbild mancher Quartiere bringen.

Der Entbürokratisierung und Entschlackung würde es zweifellos auch dienen, wenn die aus der Hamburgischen Bauordnung ausgelagerten Vereinfachungs- und Verfahrensvorschriften in die neue mit integriert werden können. Aus gleichem Grund ersuchen wir den Senat, auch eine Novellierung in Bezug auf Teilungsgenehmigungen zu prüfen. Befreiung von gewissen Vorschriften sind heute nur im Wege eines sehr komplizierten Verfahrens zu erwirken, bei dem der Investor und andere Bewerber umfangreiche Nachweise und Begründungen zu erbringen haben. Auch hier ist eine Deregulierung dringend erforderlich.

Die CDU-Fraktion fordert nicht nur erleichterte Verfahren für den Wohnungsbau, sondern auch für bestimmte gewerbliche Zwecke, das heißt, dass die gesamten stringenten Bauauflagen nicht unbedingt auf alle Gewerbegebäute angewandt werden müssen. Dazu sind unter anderem die Erfahrungen aus dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz auszuwerten.

Mit der von mir angesprochenen Reduzierung von Vorschriften und den vereinfachten Genehmigungsverfahren würden wir es Investoren und Bauherren in einer wirtschaftlich wirklich schweren Zeit leichter machen zu bauen. Des Weiteren können wir mit Hilfe inhaltlicher Änderungen das städtebauliche Profil Hamburgs attraktiver und innovativer gestalten. Auf der Grundlage einer zeitgemäßen Bauordnung können wir die architektonische und städtebauliche Vielfalt Hamburgs steigern.

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich denke, das muss im Sinne aller sein, weil es dem Wohl und dem qualitativen Wachstum unserer Stadt dient. Ich fordere daher gerade die Kolleginnen und Kollegen der Opposition ausdrücklich dazu auf, unserem Antrag zuzustimmen.

A *(Frank-Thorsten Schira CDU: Genau!)*

Den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt in den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen, halte ich für verfehlt. Die Stadtentwicklungsbehörde sollte zunächst einmal den Entwurf einer neuen Bauordnung vorlegen, den wir dann wirklich gerne im Stadtentwicklungsausschuss debattieren können. Insofern werden wir diesen Überweisungsantrag heute ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was uns die Herren Roock, Hesse und Co. mit ihren diversen Anträgen und Anfragen zumuten, ist schon bemerkenswert.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das fängt ja gut an!)

Da stellen Sie erst einen Antrag zur Bauordnung und dann schieben Sie einige Zeit später noch eine Anfrage nach, in der es um Werbung im öffentlichen Raum geht. Die wird ja auch über die Bauordnung geregelt, aber das hatten Sie wohl im Eifer des Gefechts vergessen.

Ihr Antrag zum Masterplan für Konversionsflächen, mit dem Sie Ihren Senat anmahnen, die Wahlversprechen der CDU nun umzusetzen, wird nachher noch debattiert. Er ist sprachlich noch mehr daneben gegangen als dieser Antrag jetzt hier. Dafür ist aber der Antrag zur Bauordnung noch schlechter recherchiert und beide sind so überflüssig wie nur was.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Drews CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Worum geht es? Hamburg hat an der Entwicklung der Musterbauordnung mitgewirkt. Hamburg trägt den gefundenen Kompromiss mit. Seitdem sind selbstverständlich tüchtige Beamte der Baubehörde dabei, Paragraph für Paragraph zu prüfen, ob und inwieweit sich die Regelungen für die weiten Flächen Mecklenburgs oder den Bayrischen Wald auch auf die Großstadt Hamburg anwenden lassen.

Jetzt, eineinhalb Jahre später, kommen Sie mit Ihrem Antrag. Ja, misstrauen Sie denn eigentlich Ihrem Senat so sehr, dass Sie meinen, Sie müssten jetzt noch Empfehlungen abgeben? Glauben Sie denn, in Herrn Freytags Baubehörde schlafen die zuständigen Beamten und müssten von Ihnen erst geweckt werden?

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

Als die Jugendorganisation meiner Partei, die Jusos, Ihren Bürgermeister im letzten Wahlkampf nicht ganz unbegründet Faulheit vorwarfen,

(Oh-Rufe bei der CDU)

haben Sie alle wütend aufgejault. Jetzt machen Sie das Gleiche mit diesem Antrag im Parlament mit Ihrem eigenen Senator.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie wollen – das ist Punkt 1 Ihres Antrags – den Senat ersuchen zu prüfen, ob eine neue Bauordnung lesbar gestaltet werden kann, sodass der Sinn der Vorschrift dem Bürger verständlich wird.

(Dr. Willfried Maier GAL: An die Kultusministerkonferenz überweisen!)

C

Dabei übersehen Sie offenbar, dass gerade die Hamburger Bauordnung zu einem der lesbarsten und verständlichsten Gesetze gehört, mit denen der Bürger konfrontiert wird.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ach so!)

Zwölf kurze Teilabschnitte regeln alles, was zu regeln ist. Mit diesen zwölf kurzen Teilabschnitten ist es gelungen, Hamburg in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der schönsten Städte der Welt zu machen. Außerdem gibt es in allen Bauprüfabeilungen der Bezirks- und Ortsämter jede Menge sachkundiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die äußerst bereitwillig jede Frage beantworten. Die vor einiger Zeit durchgeföhrte Umfrage zur Zufriedenheit der Hamburgerinnen und Hamburger mit den Bauabteilungen hat bekanntlich ergeben, dass diese hohes Ansehen genießen und dass die Bürgerinnen und Bürger sich hier bestens bedient, gut beraten und in allen ihren Anliegen unterstützt fühlen.

(Beifall bei der SPD)

Dann kann ich noch auf das Internet hinweisen. Bei DiBIS finden Sie nicht nur alle zuständigen Dienststellen, belegeneitsbezogen, sondern auch aktuelle Informationen zu den erforderlichen Unterlagen, Öffnungszeiten, Planungsunterlagen, Bauantragsformulare und die Gesetzestexte ohnehin. Alle diese vielen bauwilligen Bürgerinnen und Bürger haben in der Regel auch noch einen Architekten dabei, zu dessen Berufsbild es gehört, die Vorschriften zu kennen oder wenigstens lesen und verstehen zu können.

D

Dann wollen Sie in Punkt 2 Ihres Antrags mal eben die Abstandsfachenregelungen neu ordnen und vereinfachen. Die Musterbauordnung vereinfacht auf den ersten Blick die Regeln. Wer genauer hinsieht, stellt aber schnell fest, dass sie es ermöglicht, die Häuser enger zu stellen als bisher.

Meine Damen und Herren! Hier in Hamburg gibt es seit dem Abriss des Gängeviertels keine ungesunde Arme-Leute-Wohnviertel mehr, in die jahrein, jahraus nicht ein Sonnenstrahl fällt. Das ist gut so und das wollen wir auch nicht mit einer Musterbauordnung durch die Hintertür wieder einföhren.

(Beifall bei der SPD)

In dem dritten Punkt Ihres Antrags wollen Sie die Bauanzeigeverordnung und die Baufreistellungsverordnung in die Bauordnung integrieren. Sie wollen also zwei Verordnungen abschaffen und in ein Gesetz packen. Wenn ich einmal davon ausgehe, dass Ihnen der Unterschied zwischen Verordnungen und Gesetzen geläufig ist, dann muss ich mich auch hier wieder fragen, was Sie eigentlich gegen Herrn Freytag und seine Behörde haben.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Überhaupt nichts!)

Soll man wirklich künftig bei jeder sinnvollen Veränderung einer der Verordnungen umständlich eine Gesetzesvorlage machen, die wir dann hier debattieren? Warum wollen Sie ihm nicht die Freiheit lassen, vernünftige Dinge auf den Weg der Verordnungen zu regeln,

(Zuruf von der SPD: Weil er es nicht kann!)

- A – ach, weil er es nicht kann. Gut, das ist ein Argument, das vielleicht noch einmal gebracht werden könnte –, wie es seit vielen Jahren Praxis bei allen Vorgängern war.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Ja, der konnte gar nichts: Wagner!)

– Nein, der Vorgänger war Mettbach.

In Punkt 4 Ihres Antrages soll der Senat prüfen, ob ein erleichtertes Verfahren auch für bestimmte gewerbliche Bauten eingeführt werden kann. Herr Roock und Herr Hesse, stellen Sie sich vor: Das hat der Senat bereits geprüft. Schon seit Sommer 2001 – da war Eugen Wagner noch Bausenator – gelten die Vorschriften des Wohnungsbauerleichterungsgesetzes auch für bestimmte gewerbliche Bauten. Kleine Läden und Büros werden seither genauso behandelt wie kleine Wohnhäuser. Das steht alles schon im Gesetz, gleich vornan. Man muss nur einmal reingucken, bevor man solch einen Antrag stellt.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Punkt 5 Ihres Antrags habe ich nicht verstanden. Ich zitiere:

"Der Senat wird ersucht zu prüfen, ob eine Novellierung in Bezug auf Teilungsgenehmigungen in die neue BauO mit erfolgen kann oder ob eine separate Novellierung vorgenommen werden muss."

Also prüfen, ob eine Novellierung in die Bauordnung erfolgen kann. Das ist schon sprachlich reichlich schleierhaft.

(*Michael Neumann SPD*: Schleierverhandlung!)

- B Das bauordnungsrechtliche Verfahren zur Teilung ist in der Bauordnung geregelt, das planungsrechtliche Verfahren im Bundesgesetz. In der Hamburgischen Bauordnung gibt es einen entsprechenden Paragraphen, der sagt, die Behörde stimmt Grundstücksteilungen zu, wenn durch die Teilung nicht Zustände entstünden, die den Vorschriften der Bauordnung widersprächen. Das ist doch eine sehr vernünftige Regelung. Was wollen Sie denn da novellieren? Und separat geht es sowieso nicht.

Punkt 6 Ihres Antrags lautet:

"Der Senat wird ersucht zu prüfen..., und der Bürgerschaft über den Verfahrensstand zu berichten."

Soll ich noch mal?

(Zuruf: Nö!)

– Sie sollten einfach den Laptop ausmachen, wenn Sie nach einer anstrengenden Sitzung noch in den Ratsweinkeller oder sonst wohin zum wohlverdienten Feierabend-Bier gehen, weil uns allen die Debatte solcher Ergüsse erspart bliebe.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag hilft nicht. Ob er auch nicht schadet, würden wir gerne im Ausschuss besprechen. Deregulierung okay, aber mit Hamburger Augenmaß. Wir bitten um Überweisung.

(Beifall bei der SPD – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Dann hätten Sie ablehnen müssen!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Meine Damen und Herren! Liebe Vorredner und Vorrednerinnen! Ich hätte gar nicht vermutet, dass dieser Antrag zu solch einer Schärfe in der Debatte geeignet ist.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Ich auch nicht!)

Wenn man sich die Problematik nüchtern anschaut, dann ist es so, dass die Arbeitsgemeinschaft der Bauminister der Bundesländer 2002 eine neue Musterbauordnung beschlossen hat. Das war notwendig, das war fällig. Diese Musterbauordnung ist einstimmig beschlossen worden. Alle Bundesländer haben dieser zugestimmt. Die soll nun in Landesrecht umgesetzt werden und darum geht es jetzt hier auch. Es ist prinzipiell nichts, wogegen wir etwas haben. Das machen andere Senate, andere Landesregierungen dementsprechend. Man kann sich eher fragen – Frau Veit, da bin ich eher bei Ihnen –, ob der Baubehörde mit diesem Antrag vielleicht nicht ein bisschen Druck gemacht werden soll, damit das schneller geht. Wir haben mittlerweile schon Mitte/Ende 2004. Wenn das tatsächlich im Laufe von 2005 etwas werden soll, dann ist es richtig, der Baubehörde hier ein bisschen zur Beschleunigung zu verhelfen.

Noch einmal zu dieser Musterbauordnung. Deren Ziele sind eigentlich recht übersichtlich. Sie muss das Baurecht mehr EU-kompatibel machen. Das ist eine Anforderung, die von übergeordneter Stelle an uns kommt. Sie muss die verschiedenartig entwickelten Bauordnungen der einzelnen Bundesländer zusammenführen. Wir haben gegenwärtig eine Situation, dass zum Beispiel in Ahrensburg bestimmte Bauvorhaben genehmigt werden können, die in Hamburg nicht genehmigt werden können, weil unterschiedliche Bauordnungen das Bauen in der Großstadt anders regeln als auf dem Lande. Das ist für Bauwillige teilweise nicht nachvollziehbar und da ist eine Wiederzusammenführung dieser landesgesetzlichen Regelungen oder Verordnungen erforderlich, damit das näher aneinander ist.

D Der Aspekt der Vereinfachung ist von Herrn Roock angesprochen worden. Gerade wenn man sich das Abstandsflächenrecht anschaut – und Frau Veit, da bin ich nicht bei Ihnen –, so ist das in Hamburg äußerst kompliziert geregelt. Aus meiner Sicht ist auch die in der neuen Musterbauordnung vorgeschlagene Vereinfachung dort ein Schritt in die richtige Richtung. Hamburg als tendenziell verdichteter Stadtraum kann davon auch durchaus profitieren. Wir haben in der Vergangenheit leider häufig die Situation gehabt, dass bei Abrissen in der Stadt dort hinterher nicht neu gebaut werden konnte, weil die Abstandsflächenregelungen das nicht zugelassen haben, obwohl die Menschen 100 Jahre lang in diesen relativ verdichteten Situationen gut gelebt haben. Das muss eigentlich nicht sein. Von daher bietet diese Novellierung durchaus die Möglichkeit für Hamburg, zu einem sachgerechteren Bauen zu kommen. Diese Musterbauordnung bietet ein modulares System mit verschiedenen Paketen, aus denen sich die Länder Einzelnes heraussuchen können, gerade auch im Bereich der Vereinfachung. Von daher, denke ich, sind manche Ihrer Punkte Ihres Antrags eigentlich schon dadurch beantwortet, indem man diese Musterbauordnung einfach auf Hamburg anwendet und dann bekommt man ein verschlanktes und vereinfachtes Regelwerk. Insofern wird es dem Senat relativ leicht fallen, das zu prüfen, insbesondere der Punkt 1.

Zu Punkt 2. Beim Brandschutz und Abstandsflächenrecht sind ebenfalls Vereinfachungen oder Anpassungen vor-

A genommen worden. Wir hatten 1842 den großen Hamburger Brand. Damals brannte die Holzstadt wie Zunder. Danach hat man sich beim Holzbau lange Zeit sehr zurückgehalten. Das war historisch verständlich und auch völlig richtig, denn es gab damals auch keinen funktionierenden Brandschutz und keine funktionierende Feuerwehr in dem Sinne, wie wir sie heute kennen. Die Bau-technik hat sich erheblich fortentwickelt und dementsprechend können wir dem Holzbau deutlich näher kommen. Aber dazu werde ich später noch etwas sagen, weil Sie an der Stelle leider hinter Ihren eigenen Ansprüchen und Zielen zurückgeblieben sind.

Was die Integration anderer Gesetze – Wohnungsbau erleichterungsgesetz, Ausgleichsbetragsgegesetz – in die Bauordnung angeht, so sollte man das prüfen. Ich denke, das ist intendiert in der Musterbauordnung, die zu einem Regelwerk zusammenzuführen und dieses gewachsene Rechtssystem in dem Bereich etwas zu vereinfachen.

Was das erleichterte Verfahren für bestimmte gewerblieche Bauten angeht, so existiert das bereits. Auch die neue Bauordnung sieht dieses bis zur so genannten Gebäudeklasse 3 vor, das heißt Gebäude von 7 Metern Höhe und 400 Quadratmeter Grundfläche kann alles im vereinfachten Verfahren beschlossen werden. Das ist damit gegeben. Der Prüfauftrag dürfte dem Senat insofern auch recht leicht fallen.

Bezüglich der Teilungsgenehmigungen bin ich auf das Ergebnis des Senates gespannt. Ich habe Ihren Ansatz da auch nicht wirklich nachvollziehen können.

B Was ich bedauert habe, ist, dass Sie gerade bei dem von Ihnen gepriesenen Holzbau eigentlich hinter Ihrem An-spruch zurückgeblieben sind. Es ist richtig, dass der Holzbau in Zukunft bis zu viergeschossigen Bauten mög-lich ist, aber nur im Bereich der Wohnungsbauden, nicht im Bereich der Sonderbauten. Da gibt es andere Länder, zum Beispiel hat Nordrhein-Westfalen dort eine Novellie- rung eingeführt, dass sie bestimmte Brandschutzkonzepte in die Bauordnung aufgenommen haben, die es ermöglichen, auch Sonderbauten, das heißt Versammlungsstätten, Schulen und beispielsweise auch Bürogebäude mit Räumen über 400 Quadratmeter Grundfläche in Holz- bauweise ermöglichen, wenn ein besonderes Brand- schutzkonzept – Sprinkleranlagen et cetera – dies im Einzelfall für sicher erachtet lässt. Das haben Sie leider nicht aufgenommen. Da hätten Sie diesem Ziel deutlich näher kommen können. Es gibt auch noch einige andere Bereiche, in denen die Innovationspotenziale, die in dieser neuen Musterbauordnung stecken, nicht aus- geschöpft sind. Das ist in einigen Bereichen ökologischer Maßnahmen, beispielsweise Wasserversorgungsmaß- nahmen, gegeben. Aus unserer Sicht ist es deshalb sinn- voll, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, damit wir darüber sprechen können, was wir an der Bau- ordnung außer den Punkten, die Sie hier zum Prüfen erst einmal aufgelistet haben, noch verbessern können.

Im Übrigen hat das Land Berlin auch eine Anhörung zu der neuen Bauordnung durchgeführt. Es wäre auch aus unserer Sicht in Hamburg ein richtiger Schritt, das zu tun, damit uns von Fachleuten und Experten noch einmal dargelegt wird, wie wir dieses neue Instrument optimal umsetzen. Von daher würde ich doch dafür werben, dass Sie bereit sind, das an den Ausschuss zu überweisen.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Dazu brauchen wir erst einmal einen Entwurf!)

C Wir werden hoffentlich bald – das beinhaltet Ihr Antrag auch nicht – den Zeitpunkt erfahren, bis wann der Bürgerschaft über den Verfahrensstand berichtet wird. Ich hoffe, das dauert nicht noch einmal zwei Jahre, wie es jetzt bei der Verabschiedung der Musterbauordnung bis heute gedauert hat, sondern dass es schneller sein wird. Wenn über den Verfahrensstand berichtet wird, hoffe ich, dass Sie zustimmen, das dann an den Ausschuss zu überweisen, damit wir uns diese Bauordnung dort gegebenenfalls in einer Anhörung anschauen können. Ich glaube, dass dann für Hamburg tatsächlich ein gutes Ergebnis dabei herauskommen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmel- dungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Ab- stimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/862 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/862 annehmen? – Gegen- probe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenom- men.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 und 45 auf, die Drucksachen 18/487, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Sprachuntersuchung vor der Einschulung – planlos und ohne Konsequenz? sowie 18/779, Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Sprachförderung von Anfang an mit Konsequenzen und Konzept.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Sprachuntersuchung vor der Einschulung – planlos
und ohne Konsequenz? – Drucksache 18/487 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Sprachförderung von Anfang an mit Konsequenzen
und Konzept! – Drucksache 18/779 (Neufassung) –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Fiedler, bitte.

Luisa Fiedler SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sprachförderung vor der Schule ist bekanntlich der Schlüssel zum Erfolg für die gesamte Schullaufbahn. Deswegen wollen wir, dass Kinder mit einem diagnostizierten Sprachförderbedarf tatsächlich auch eine pädagogisch hochwertige Förderung bekommen. Dabei ist es unabdingbar, dass ein schlüssiges Gesamtkonzept formuliert wird, um die Sprachförderung im Vorschulalter in Kitas und Grundschulen miteinander zu vernetzen, zu verbinden.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Zur Weiterentwicklung gehören natürlich auch eine Qualifizierungsoffensive für Erzieherinnen und Lehrerinnen sowie eine größere Durchlässigkeit, die durch Kommunikation auch zwischen den Einrichtungen herzustellen ist, denn wenn heute ein Kind in die Grundschule kommt, wissen die Lehrer oft nicht, in welchem Rahmen und ob überhaupt Spracherwerb und Sprachförderung stattge- funden haben. Deswegen fordern wir einen verbindlichen

- A Bericht der Kitas und Vorschulen an die Grundschulen über jedes einzelne Kind.

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Anlass für unseren Antrag ist die erstmalige Vorstellung der viereinhalbjährigen Kinder in der Schule. Der Senat nimmt ganz offensichtlich die Erkenntnisse aus dieser Früherfassung nicht so ernst. Dies wird traurigerweise durch unsere Große Anfrage dokumentiert. Wir wollten wissen, ob es eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Förderangebote sowie eine Erfolgskontrolle der Vorstellungsrunde 2004 geben würde. Dazu verkündete der Senat, sich damit nicht befasst zu haben.

Meine Damen und Herren! Wenn hier aber von einer Überprüfung des Sprachstandes vor der Schule die Rede ist, dann kann man sich doch nicht zur Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung der Angebote einfach nicht befreien, denn wir brauchen doch für die meisten keine Sprachstandserhebung, sondern vor allem eine Sprachförderung für alle.

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Doch die Ressourcen dafür sind sehr knapp bemessen, man kann auch sagen, sehr dürr besiedelt. Kinder, die bereits einen Vier-Stunden-Kita-Platz haben, bekommen trotz hohem Sprachförderbedarf keinen Sechs- bis Acht-Stunden-Platz. Ist das versprochene Förderkonzept oder Förderangebot des Senats nur ein Lippenbekenntnis? Das ist einfach widersinnig, meine Damen und Herren, genauso wie die vom Senat geplante Einführung von Gebühren für die Vorschule, die gerade auf bildungsferne Familienhäuser wie eine Strafsteuer für Bildung wirken muss.

B

(Beifall bei der SPD)

Statt bei der Frühförderung einen Schwerpunkt zu setzen, sparen die beiden Senatorinnen Dinges-Dierig und Schnieber-Jastram um die Wette. Allein in diesem Schuljahr, meine Damen und Herren, entfallen 140 Lehrerstellen für die Sprachförderung. Begründet wird dieser Kahlenschlag mit einem nicht zweckgerechten Mitteleinsatz der Schulen. Dafür gibt es allerdings keine Belege oder die Informationen, die wir haben wollten, sind immer noch unter Verschluss. Deshalb wollen wir endlich die Ergebnisse erfahren, die eine Erhebung in den Schulen zur Verwendung der Sprachförderressourcen im Jahre 2003 erbracht hat.

Es ergibt wenig Sinn, 15 000 Eltern vorzuladen. Das ist ein unglaublicher Aufwand, bei ihren Kindern Förderbedarfe festzustellen, um dann Ressourcen Zug um Zug einfach wegzuhauen. Wir stehen schon heute vor einem Torso im Bereich der Sprachförderung. Für die Kitas und Vorschulen kann von erfolgreichen Lernstrategien gar nicht mehr die Rede sein, da wir mit einer massiven Standardabsenkung konfrontiert sind. Wenn das die Sprache Ihrer Politik ist, dann gute Nacht. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Als nächster hat Herr von Frankenberg das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns alle einig: Erfolg von Anfang an – das wollen

wir alle. Daher auch diese Untersuchung, um das erst einmal klarzustellen.

Ganz herzlich möchte ich auch allen Beteiligten, die zu dieser Untersuchung beigetragen haben, von dieser Stelle aus danken. Ich danke zum einen den Schulleitungen und den beteiligten Lehrern, aber auch den Eltern und Kindern, die an dieser Untersuchung teilgenommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will hier ausdrücklich unterstreichen, dass diese Untersuchung durch großes persönliches Engagement zu einem Erfolg geworden ist. Das möchte ich noch einmal klarstellen.

Mit dieser Untersuchung ist auch ein Anfang gemacht, was in diesem Bereich sehr wichtig ist. Gerade die hohe Teilnehmerquote zeigt, dass es eine erfolgreiche Sache war. Am Anfang las man ja auch in der Presse immer wieder, oh, das werde ein Flop. Aber die Quote von 96,5 Prozent zeigt eindeutig, dass das kein Flop war.

Ich möchte diese Diskussion aber nicht nur auf den Aspekt des Sprachstandes reduzieren, sondern hervorheben, dass es keine Sprachstandsuntersuchung war, sondern eine Untersuchung, die auf Förderbedarf insgesamt abgezielt hatte. Das heißt, es sind auch wertvolle Informationen über die körperliche, geistige und seelische Verfassung der künftigen Hamburger Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis gelangt. So ist bei 35,1 Prozent Förderbedarf festgestellt worden. Es ist auch durchaus im Einzelgespräch zu Erfolgen gekommen, sodass Kinder in Einrichtungen angemeldet wurden, bei denen es vorher nicht geplant war. Das sehe ich als Erfolg.

D

Ich glaube auch, es ist gar nicht Sinn und Zweck der ganzen Sache, hier ein bürokratisches Monster daraus zu machen, sondern gerade durch die individuelle Erfassung in den Schulen und durch das Gespräch der Schule mit den Eltern und den Kindern ist eine vernünftige Förderung möglich. Das ist auch ein richtiger Weg, dass wir das Kind in den Mittelpunkt stellen und nicht das System. Das ist auch das, was ich bei Ihrem Ansatz als falsch ansehe: Es ist ein systemischer Ansatz mit ein bisschen Demokratie und ein bisschen mehr und dies und das und so. Für uns aber steht ganz klar nicht das System im Mittelpunkt, sondern das Kind.

(Beifall bei der CDU)

Ich will dann zum Titel der Großen Anfrage der SPD-Fraktion kommen, die wir sicherlich nicht mehr zu überweisen brauchen, weil das mittlerweile schon weitestgehend geklärt ist. Da steht dann also:

"Sprachuntersuchung vor der Einschulung – planlos und ohne Konsequenz?"

Da wollten Sie es uns vor der Sommerpause noch einmal so richtig geben. Da muss man dann natürlich die sprachliche Schärfe hineinbringen, das macht die Sache vielleicht noch ein bisschen spaßiger. Aber nun haben Sie wahrscheinlich mittlerweile auch festgestellt, dass die Untersuchung vielleicht doch gar nicht so planlos und inkonsistent war, wie Sie das vermuteten. Dann kommt ein Antrag und dann noch ein Antrag mit einer Neufassung und so hat man dann gemerkt, dass das doch ganz gut ist. Dann springen wir da mal auf den fahrenden Zug auf. Na ja, das ist dann halt so.

A (Beifall bei der CDU)

Dazu muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Das ist eigentlich das, was ein bisschen planlos wirkt.

(Beifall bei der CDU)

Das muss ich bei aller Wertschätzung feststellen. Auch die Kritik, die von Ihnen im Ausschuss geübt wurde – zu wenig wissenschaftlich, nicht schnell genug, lag nicht schnell genug vor – ist nicht wirklich fundiert. Dann hat man also gedacht, na ja, da müsse man ja doch noch ein bisschen kritisieren, nachdem die Untersuchung doch besser gelaufen ist als ursprünglich erwartet: wissenschaftlich, aber dann müsse es aber wiederum ganz schnell sein. Wie auch immer das gehen soll, müssen Sie dann noch einmal näher darlegen.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass will ich noch einmal ausdrücklich feststellen, dass die Sache ein Erfolg ist. Ich würde auch sagen, Ihr Antrag gibt uns durchaus Recht, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Insofern bedanke ich mich, dass Sie auch die Frühförderung als Konsequenz sehen. Ich kann hier betonen, dass für uns die Frühförderung ganz groß steht. Wir haben die PISA-Studie gelesen und werden die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Sie scheinen das auch irgendwie verinnerlicht zu haben, das will ich Ihnen gar nicht absprechen.

(Ingo Egloff SPD: Wir können auch lesen!)

– Sicher weiß ich, dass Sie lesen können, keine Frage.

B

Wir sind hier jedenfalls auf dem richtigen Weg. Im Interesse der Zukunftschancen der Hamburger Schülerinnen und Schüler sind wir hier einen großen Schritt vorangegangen. Das ist eine gute Sache. Der Antrag selbst ist nicht so sehr zielführend. Insofern werden wir ihn heute ablehnen. Das heißt aber noch lange nicht, dass die Botschaft wäre, Frühförderung stehe nicht im Mittelpunkt, sondern das ist eins der zentralen Zukunftsthemen der Schule überhaupt, was wir hier noch einmal darlegen.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Goetsch hat das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manchmal kommt es mir vor, als würden wir hier einen Kessel Buntes behandeln. Entweder sprechen wir über Sprachförderung oder über frühkindliche Förderung. Das sind nun einmal zwei verschiedene Themen. Wir alle befürworten frühkindliche Förderung und ich glaube, da haben wir einen Konsens.

Wie sieht denn die Situation zurzeit aus? Wir haben verschiedene Modelle, die gerade laufen. Insofern würde ich zustimmen, dass es endlich Zeit wird, ein Gesamtkonzept zum Vorschulalter zu haben. Zurzeit gehen Grundschullehrer in die Kitas und machen ein bisschen Deutschunterricht. Das ist das eine Modell. Das ist irgendwann in der letzten Legislaturperiode von irgendeiner Fraktion beantragt worden, weil das schick war und populistisch. Dann haben wir in der Kita Honorarkräfte, meist Studenten, die so ein bisschen Deutschförderung machen. Da hat uns Professor Hans Reich bei einer Anhörung im Schulausschuss im letzten oder vorletzten Jahr einmal ganz deutlich gesagt, um Gottes Willen lieber qualifizierte

C Erzieher an dieses Teil zu setzen und die Studenten besser mit den Kindern spielen zu lassen, also lieber vernünftig ausgebildete Erzieher für die Sprachförderung zu nehmen als die Honorarkräfte. Gut, das ist auch eine Frage der Ausbildung. Es ist natürlich so, dass in der Regel Erzieherinnen nicht speziell in Methodik und Didaktik von – zum Beispiel – Deutsch als Zweitsprache ausgebildet sind. Insofern wäre es schon sehr sinnvoll, das auch an die Schule zu koppeln.

Dann haben wir drittens die Vorschulklassen, wo es auch sehr unterschiedlich Konzepte gibt, wenn ich von dieser Sprachförderung Deutsch ausgehe. Dazu kommen natürlich die ganzen anderen Fragen logopädischen Bedarfs, die ja genauso wichtig sind, oder auch Sprachprobleme bei den Kindern mit deutscher Muttersprache. Das wissen wir auch, dass das ein großes Problem ist, gerade durch das geringe Vorlesen und was so alles dazu gehört.

Das heißt: Ja, ein Gesamtkonzept wäre sinnvoll. Wo ich Probleme habe – deshalb gehe ich jetzt den Antrag der SPD-Kolleginnen und Kollegen entlang, da ist sehr viel drin, was alles nötig wäre – ist der Punkt 4,

"bei den Vorstellungsgesprächen der Viereinhalbjährigen das Verfahren stärker zu standardisieren",

mit dem Punkt 7, für den nächsten Vorstellungstermin ein Gesamtkonzept vorzulegen, in das HAVAS mit einbezogen ist. Das ist natürlich ein bisschen schwierig, denn HAVAS gibt es bisher ja nur in der Vorschule. Das sind die Fünfjährigen, die schon darin sind. HAVAS wäre eigentlich das einzige Sprachstandserhebungsinstrument, das wirklich alle Faktoren berücksichtigt, nicht nur, ob jemand gut Deutsch spricht oder nicht, sondern auch, woran es liegt und was er mehr oder weniger spricht und was zu tun ist, nicht nur im Kontext von Deutsch als Zweitsprache. Insofern müsste man eigentlich das HAVAS-Sprachstandserhebungsinstrument – was ein wissenschaftlich fundiertes ist – in den Kitas flächendeckend implementieren. Dann könnte man das als Grundlage nehmen, um bei der Vorstellung in der Schule zu sagen, was sinnvolle Förderung ist. Insofern ist das nicht konsistent.

Insgesamt kann man sagen, alles ist irgendwie nötig. Aber, wie gesagt, wir warten beim Senat ja auch darauf, wie Sie sich überhaupt vorschulische Bildung vorstellen. Wenn ich jetzt an dieses Theater mit den Bildungsplänen denke, wo welche erstellt wurden, dann in die Schublade rein und dann kann man sich mit Schulbehörde und Behörde für Soziales und Familie nicht einigen: Das muss vielleicht auch einmal geklärt werden, damit das ein einheitliches vorschulisches Konzept ist. Dann kann man natürlich auch entsprechend die Sprachförderung regeln. Insofern begrüßen wir ein Gesamtkonzept grundsätzlich. Der Antrag wäre schön, wenn man ihn überwiesen bekommen könnte. Ansonsten werden wir uns enthalten.
– Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit können wir zur Abstimmung kommen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/487 und 18/779 in der Neufassung an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Keine. Damit wurde diesem Überweisungsbegehr nicht entsprochen.

A Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/487, besprochen worden ist.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/779 Neufassung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wurde dieser Antrag mehrheitlich bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 51 auf, die Drucksache 18/791 in der Neufassung, Antrag der GAL-Fraktion: Hamburgs Position in Bezug auf die Europakompetenzen der Landesregierungen und Landesparlamente in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Hamburgs Position in Bezug auf die Europakompetenzen der Landesregierungen und Landesparlamente in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung

– Drucksache 18/791 (Neufassung) –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Sarrazin, bitte.

Manuel Sarrazin GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit über einem Jahr dürfen wir nun die Arbeit der so genannten "Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" oder auch "Föderalismuskommission" verfolgen. Vertreten sind dort der Bundestag und der Bundesrat. Hamburg wird durch den Ersten Bürgermeister und durch seinen Vertreter, den Präsidenten der Justizbehörde, Herrn Dr. Kusch, vertreten, den wir leider heute hier nicht begrüßen können, um dieser Debatte zu folgen.

(*Ingo Eglöf SPD: Der inspiriert gerade Gefängnisse!*)

In seiner Regierungserklärung hat der Bürgermeister die Veränderungen in Europa als Kristallisierungspunkt in den Mittelpunkt der vom Senat betriebenen Veränderungen in Hamburg gestellt. Diese Veränderungen, namentlich der europäische Verfassungsvertrag und die Erweiterung der Europäischen Union, werden aber nicht an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland halt machen. Auch Deutschland selbst wird in Zukunft europafähiger werden müssen, um in Europa mitsprechen und -handeln zu können. Deswegen wird in der Föderalismuskommission auch die Beteiligung von Bund und Ländern in Europafragen behandelt.

Aus Sicht der GAL-Fraktion gibt es hier durchaus Handlungsbedarf. Einerseits sehen wir Deutschland in der Umsetzung von EU-Richtlinien auf einem drittletzten Platz. Nicht zuletzt durch eine unklare Aufgabenverteilung innerhalb der föderalen Staatsordnung entstehen Verzögerungen, die oftmals auch zu Beanstandungen der EU-Kommission gegenüber der Bundesrepublik Deutschland führen.

Auf der anderen Seite sehen wir nicht nur durch die Verankerung des Subsidiaritätsprotokolls im europäischen Verfassungsentwurf eine Herausforderung, die Beteiligung der Landesparlamente an europarelevanten Entscheidungen im Bundesrat zu verbessern. Auf Nachfragen im Ausschuss und in Antworten auf eine Kleine Anfrage habe ich vom Senat keine aufschlussreichen Anga-

ben über die Positionierung Hamburgs zu diesen Zukunftsfragen erhalten können. Das haben wir kritisiert. Wir haben uns aber auch die Mühe gemacht, selbst zu skizzieren, wie man auf die oben genannten Herausforderungen im Hamburger Interesse reagieren könnte. Ich finde nicht, dass man dann von Ihrer Seite bemängeln sollte, wir hätten erst einen verheißungsvollen Auftritt des auch hier nicht anwesenden Justizsenators im Ausschuss abwarten sollen, bevor wir eine Initiative starten. Wenn Sie das gestern mitbekommen hätten, dann wüssten Sie, dass das nicht verheißungsvoll war, sondern eher verheizt.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Unser Antrag will erstens, dass sich dieser Senat aktiv an einer Entflechtung der Kompetenzüberschneidung zwischen Bund und Ländern auch in Angelegenheiten der Europäischen Union in der Föderalismuskommission beteiligt; zweitens, dass der Senat die aufgeworfenen Vorschläge offensiv unterstützt, bei Rahmenrechtsakten der EU eine Rahmenumsetzung des Bundes zu ermöglichen, wo bisher doppelt umgesetzt werden muss; drittens, dass der Senat in seiner alltäglichen Praxis die Information der Bürgerschaft über europarelevante Beratungen im Bundesrat so gestaltet, dass wir tätig werden können, wenn wir es sinnvoll finden und wenn es im Sinne der Subsidiaritätsprotokolls gegeben ist.

Herr Kusch, wenn Sie da wären – er ist leider nicht da: Ihr großer Bürgermeister hat persönlich in seiner Regierungserklärung festgestellt:

"Hamburg wird dem Wandel in Europa begegnen."

Ich begegne Ihnen leider heute hier nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Er hat auch festgestellt:

"Mein Ziel ist es, die Stadt so zu führen, dass wir daran gestärkt hervorgehen."

Ich muss Ihnen Recht geben. Hamburg sollte versuchen, Veränderung in seinem und im deutschen Interesse mitzugestalten. Tatsächlich sollten wir uns gerade als Staat mit begrenzten Kompetenzen nicht dafür zu schade sein, sich in der Kommission besonders zu engagieren, um dort Möglichkeiten zu ergreifen, die uns hier Arbeit ersparen, die hier Hamburger Fachbehörden vor überflüssiger Arbeit bewahren. Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich und mit wirklichem Bedauern sagen, dass ich nicht den Eindruck habe, dass Herr Kusch das bisher in der Föderalismuskommission auch nur im geringsten tut.

(Beifall bei der GAL)

Gestern im Ausschuss war Herr Kusch da. Er hat mich wirklich überrascht. Ich habe nicht viel erwartet, aber das hat dem Fass den Boden ausgeschlagen. Sie haben im Ausschuss gestern klar gemacht, dass Sie sich mit Vorschlägen in der Föderalismuskommission, die schriftlich vorliegen, überhaupt erst dann inhaltlich auseinandersetzen, wenn absehbar sein sollte, dass Sie dort eine Zweidrittelmehrheit kriegen könnten. Selbst etwas im Interesse Hamburgs in die Kommission einzubringen oder Ideen und Vorschläge, die für uns in Hamburg sinnvoll sein könnten, zu unterstützen – auf diese Idee kommen Sie anscheinend erst gar nicht. Stattdessen wollen Sie uns allen Ernstes glauben machen, Sie würden in der Kom-

C

D

A mission mit absolut freiem Mandat des Senates handeln, ohne große Rücksprachen, was ich Ihnen wiederum nicht glaube.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir haben gestern am Rande über die Vorgehensweise zur Delegation zu Parteitagen in den verschiedenen Parteien geredet. Mit dieser Einstellung würde ich Sie nicht einmal für den Kreisausschuss Ihres CDU-Kreisverbandes delegieren.

(Beifall bei der GAL)

In der Föderalismuskommission erwarte ich allerdings von einem Vertreter Hamburgs, dass er mit ehrlicher Arbeit im Sinne dieser Stadt und dieser Republik handelt und arbeitet und sich dann auch wirklich dort engagiert. Sonst soll er da nicht hineingehen.

Wenn man polemisch werden wollte, könnte man sagen, vielleicht hätte der Bürgermeister besser die Finanzlage der Stadt Berlin und nicht die Veränderungen in Europa in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung stellen sollen. Aber auch ohne Polemik drängt sich die Frage auf, wie sich das plötzliche Interesse des Herrn Senators an den Beratungen um die Hauptstadtrolle Berlins erklärt, während beispielsweise der Bereich der Europatauglichkeit von ihm unbearbeitet geblieben ist.

Deswegen mussten wir eigene Vorschläge machen. Wir konnten nicht herausfinden und auch nicht sichergehen, ob der Senat genügend Einsatz und Position zeigt, um das Beste für Hamburg und ein handlungsfähiges Deutschland herauszuholen. Seit gestern glaube ich auch nicht, dass er es tut. Wir mussten das auch jetzt machen, da – wie Sie alle wissen – die Föderalismuskommission nicht mehr so viel Zeit hat, die ihr von ihren beiden Vorsitzenden gegeben wird. Wenn man auch Einfluss nehmen will, dann sollte man das auch so bald wie möglich tun.

Ich frage mich: Hat der Senat denn kein Interesse daran, zukünftig nicht mehr alle doppelt umzusetzenden Richtlinien der Europäischen Union im Landesrecht umsetzen zu müssen, sondern sich auf eine Vorrangregelung des Bundes berufen zu können? Bestehen Sie darauf, auch weiterhin Richtlinien wie die zum Bau und zum Unterhalt von Seilbahnen in Hamburg selbst rechtskräftig umsetzen zu müssen? Warum findet man in den betreffenden Dokumenten nirgends eine lautstarke Positionierung des Senators? Wenn sich Herr Kusch nicht klar und deutlich in der Kommission dazu äußern möchte, dann kann er sich aus meiner Sicht auch eine PR-trächtige Mitarbeit in Bezug auf die Hauptstadtregelung sparen.

Herr Kusch hat den Abgeordneten weder im Europaausschuss, noch im Rechtsausschuss, noch in Antwort auf meine Kleine Anfrage ausreichend Auskunft über die Arbeit in der Föderalismuskommission gegeben. Ich hatte eigentlich gedacht, man wolle uns etwas verschweigen. Seit gestern habe ich auch diesen Eindruck nicht mehr. Ich bin vollkommen desillusioniert.

(Wolfgang Beuß CDU: Herzlichen Glückwunsch!)

Sie müssen darum akzeptieren, dass wir uns in der Debatte auf die unzugänglichen Informationen beziehen. Ich möchte ganz offen sein. Ich habe ein paar Fragen. Ich frage mich: Warum hat sich Hamburg, dessen Bürgermeister – wie gesagt – die Veränderungen in Europa in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung gestellt hat, in der Föderalismuskommission nicht zur Frage der Eu-

ropatauglichkeit geäußert, so wie andere Landesminister es tun konnten? Wenn dieser Senat tatsächlich, wie der Bürgermeister gesagt hat, wesentlich Hamburg zum Gewinner der Veränderungen in Europa machen will, wieso hat er sich dann noch nicht einmal mit der Umsetzung des EU-Verfassungsvertrages – wenn er denn ratifiziert werden sollte – in Hamburg oder in Deutschland beschäftigt, die ja auch in der Föderalismuskommission besprochen wird? Auch wenn es die reine Europapolitik verlässt: Wieso hat sich, wenn man sich wirklich in den Veränderungen engagieren möchte, in den Plenumsprotokollen der Bundesstaatskommission keine einzige Wortmeldung des Hamburger Vertreters finden lassen? Erzählen Sie mir nicht, Hamburg würde aber bei den CDU-internen Absprachen eine entscheidende Rolle spielen.

(Beifall bei der GAL und bei Wilfried Buss SPD – Christian Maaß GAL: Kusch war auch da wieder nicht da!)

Das alles klingt nicht, als hätten sich Herr Kusch und der Senat um dem Job gerissen. Es klingt auch nicht danach, als würde man wirklich initiativ werden wollen.

Festzuhalten bleibt für uns erstens die Nicht-Beteiligung und Nicht-Information von uns Abgeordneten in Bezug auf die Arbeit oder Nicht-Arbeit des Senates in der Föderalismuskommission. Das lässt nicht den Schluss zu, dass Sie wirklich Wert darauf legen, wie wir Parlamentarier uns zu europarelevanten Fragen im Bundestag verhalten, äußern, Ideen haben könnten oder was wir im Hamburger Interesse tun könnten. Wir als Bürgerschaftsabgeordnete können zwar fordern, aber die Wertschätzung von Herrn Kusch wird kaum unser einziges politisches Ziel sein können. Wir wollen und können aber als Parlament mit Beschlüssen darauf drängen, dass Hamburg offensiv seine und Deutschlands Interessen unterstützt. Unser Antrag setzt dabei konkrete Maßgaben, ohne allerdings den lieben Herrn Kusch als Senatsvertreter in seinem Verhandlungsspielraum zu sehr einzuschränken. Deswegen möchte ich Sie auffordern: Nehmen Sie mit uns gemeinsam die Herausforderung der erweiterten Union im Sinne einer gesteigerten Handlungsfähigkeit sowohl Europas als auch Deutschlands an, ohne dabei eine absolute Abkehr von unserer föderalen Tradition machen zu müssen. Versuchen Sie auch, den Ansprüchen des von Ihnen unterstützten europäischen Verfassungsvertrages Rechnung zu tragen. Unterstützen Sie unseren Antrag, tragen Sie die Überweisung mit oder – wenn auch das hilft – bitten Sie Herrn Kusch doch einmal darum, sich mit dieser Thematik vielleicht wenigstens ein bisschen mehr zu beschäftigen. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Jäger hat jetzt das Wort.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Hamburgs Position in Bezug auf die Europakompetenzen der Landesregierungen und Landesparlamente in der Kommission der bundesstaatlichen Ordnung" – ein dem Wortlaut nach sperriges Thema. Ich gebe gerne zu, dass ich mir für meine erste Rede vor diesem hohen Haus ein griffigeres Thema gewünscht hätte, aber man muss die Aufgaben so übernehmen, wie sie anfallen.

A Worum geht es in dem vorliegenden Antrag? Es geht um die Anpassung des Artikel 23. Dieser Artikel regelt die Beteiligung von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung an der Verwirklichung der Europäischen Union. Änderungen und Anpassung des Artikel 23 sind ein Problem, das neben vielen anderen in der Kommission von Bundesrat und Bundestag zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung behandelt wird. Für Hamburg – Herr Sarrazin hat es gesagt – nimmt der Justizsenator an den Sitzungen der Kommission teil. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Dr. Kusch im Namen der CDU-Fraktion für seine hervorragende Arbeit in der Kommission zu danken.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe bei der SPD und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Das musste er jetzt sagen!)

Ich bin davon überzeugt, dass er diese bestimmt nicht immer leichte Tätigkeit zum Wohle Hamburgs glänzend erledigt.

(Beifall bei der CDU)

Bei Artikel 23 handelt es sich jedoch nicht um das einzige europarechtliche Thema, das die Kommission beschäftigt. Erörtert werden auch die Verbesserung der Umsetzung von EU-Recht und die Finanzverantwortung bei mangelhafter Beachtung von EU-Recht. Neben diesen europarechtlichen Fragen werden andere verfassungsrechtliche Fragen in der Kommission diskutiert. Es geht um die Entflechtung von Entscheidungsprozessen zwischen Bund und Ländern, eine deutlichere Zuordnung der politischen Verantwortlichkeit von Bund und Ländern mit einer Stärkung der Länderkompetenzen sowie die Steigerung der Effizienz der Aufgabenerfüllung.

B Die Bandbreite der vorgeschlagenen Lösung ist außerordentlich groß. Bei dem hier entscheidenden Thema, dem Artikel 23, werden zwischen Bund und Ländern weit auseinander liegende Positionen vertreten. So wird von einigen Länderregierungen verlangt, dass die Länder selbst die Verhandlungen in Brüssel führen, wenn innerstaatliche Länderzuständigkeiten betroffen sind. Moderatere Ansätze auf Seiten der Länder fordern lediglich, dass das Ländervotum bei Länderzuständigkeiten verbindlich für die Bundesregierung sein müsse.

Der Bund tritt diesen Vorstellungen verständlicherweise entgegen. Die Handlungsfähigkeit des Bundes dürfe nicht durch die Länder belastet werden, die Außendarstellung müsse weiterhin als Bundesstaat und nicht als Staatenbund erfolgen.

Schon die Komplexität nur dieser Probleme, die sich um Artikel 23 ranken, zeigt, dass eine Einigung gegenwärtig schwierig erscheint. Sie ist nur im Rahmen der Gesamtverhandlungsmasse der Bundesstaatskommission möglich. Deshalb, Herr Kollege Sarrazin, erweist sich Ihr Antrag insbesondere im ersten Spiegelstrich schon aus verhandlungstaktischen Gesichtspunkten als grundverkehrt. Wir werden diesen Antrag hier und heute deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Sie verlangen, dass Hamburg seine Position zu Artikel 23 vorab und dezidiert darlegt. Damit gefährden Sie eine Gesamtlösung aller Probleme. So kann man nicht verhandeln.

(Beifall bei der CDU)

Eine Festlegung des Senates oder der Senatsmitglieder in der Kommission führt zu einer Präjudizierung im weiteren Verhandlungsprozess. Sie schwächt die Verhandlungsposition Hamburgs. Im Übrigen ist innerhalb der Kommission auch vereinbart worden, eine Festlegung auf Einzelpositionen zu vermeiden. Sie wird auch von keinem Bundesland praktiziert. Ich weiß, dass Sie wenig Vertrauen in das Verhandlungsgeschick des Justizsenators haben. Das kann ich sogar verstehen. Das ist Ihre Aufgabe als Opposition.

(*Ingo Egloff SPD*: Nein, wir kennen den!)

Aber ich versichere Ihnen, die CDU-Fraktion vertraut Herrn Dr. Kusch. Wir sind uns sicher, dass er das Beste für Hamburg erreichen wird.

(Beifall bei der CDU)

Daneben ist Ihr Antrag aber auch inhaltlich wenig überzeugend. Dies gilt insbesondere für den zweiten Spiegelstrich. Dieser Antrag ist unausgegoren und in sich widersprüchlich: Zunächst sollen Bund und Länder je nach Zuständigkeit die Umsetzungskompetenz für EU-Recht bekommen. Im Anschluss daran ist von einer Vollkompetenz des Bundes die Rede. Eine Vollkompetenz kann es in ureigenen Länderkompetenzen wie zum Beispiel der Bildung doch nicht geben. Hier wird noch nicht einmal ansatzweise klar, was Sie wirklich wollen.

Im dritten Spiegelstrich verlangen Sie dann die Einbindung der Bürgerschaft in nationale Strategiebildungen in Bezug auf die Angelegenheiten der Europäischen Union. Hier rate ich Ihnen, einmal einen Blick in die Verfassung unserer Stadt zu werfen, Herr Sarrazin. Dort heißt es in Artikel 31 Absatz 1 Nummer 5:

"Der Senat unterrichtet die Bürgerschaft über ... Angelegenheiten der Europäischen Union, insbesondere über Initiativen gegenüber den für diese Angelegenheiten zuständigen Institutionen und Gremien, soweit sie für die Freie und Hansestadt Hamburg von grundsätzlicher Bedeutung sind".

Herr Sarrazin, wer mehr will, muss zunächst die Verfassung ändern und der muss das dann hier auch deutlich sagen.

Im vierten Spiegelstrich beschäftigen Sie sich dann mit dem Subsidiaritätsprotokoll. Mit diesem Thema hat sich die Kommission noch gar nicht befasst. Ich aber bin sicher, dass der Senat bei der innerstaatlichen Ausgestaltung der Ziele des Subsidiaritätsprotokolls auf eine angemessene Beteiligung der regionalen Parlamente achten wird. Insofern erweist sich Ihr Antrag als überflüssig.

(Beifall bei der CDU)

Völlig abwegig wird es im letzten Spiegelstrich, wenn Sie, meine Damen und Herren von der GAL, verlangen, dass die Senatsmitglieder in der Kommission dem Europaausschuss berichten mögen. Hier ist der Senat doch bereits tätig geworden. Herr Staatsrat Stuth hat im Europaausschuss am 22. Juni 2004 berichtet und gerade gestern, Herr Sarrazin – Sie waren auch dabei –, hat der Justizsenator dem Europaausschuss den aktuellen Sachstand mitgeteilt. Sie aber tun so, als ob der Senat seiner Verpflichtung zur Unterrichtung des Parlamentes nicht nachkommen wolle und extra hierzu aufgefordert werden müsse.

(*Bernd Reinert CDU*: So sind die!)

A Selten ist ein Antrag so schnell durch die Wirklichkeit gerichtet worden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ihre Philippika, Herr Sarrazin, hat mir gut gefallen. Das können Sie sich denken.

(*Bernd Reinert CDU*: Aber inhaltlich war Herr Jäger besser!)

Wenn ich Ihnen trotzdem nicht im Ergebnis folge, hat das nicht damit zu tun, dass ich nun zum Verteidiger von Herrn Dr. Kusch geworden wäre.

Bei Ihrer Jungfernrede allerdings, Herr Dr. Jäger, fand ich, war es nicht nötig, solch einen Kotau zu machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren, der Antrag der GAL beziehungsweise meines jungen Kollegen Sarrazin ist gut gemeint, enthält auch einen bunten Strauß von interessanten Ideen, ist aber überfrachtet und in dieser Form für uns bedauerlicherweise nicht zustimmungsfähig. Er enthält auch eine Reihe von Punkten, die sich eher an den Bundesgesetzgeber richten. Einige Vorschläge sind auch so komplex, dass man sie nicht mal eben hier durchwinken kann. Mit anderen Worten: Die SPD möchte, dass dieser Antrag – Herr Sarrazin hat einmal von "Skizze" gesprochen – zunächst im Europaausschuss beraten wird und vielleicht ein bisschen später auch andere Ausschüsse beteiligt werden, zum Beispiel der Rechts- oder Verfassungsausschuss.

Der Antrag hat zwei Schwerpunkte. Der erste hat die Zielsetzung,

"die Europatauglichkeit der föderativen Kompetenzordnung zu verbessern".

Ein lobliches Vorhaben auf den ersten Blick. Doch was ist damit gemeint? Es geht hier um die Entwicklung, Darstellung und Durchsetzung der Position Deutschlands in der Europäischen Union auf den verschiedensten Ebenen. Diese Materie ist in Artikel 23 des Grundgesetzes geregelt. Das heißt, jede Veränderung bedarf einer verfassungsändernden Mehrheit im Deutschen Bundestag. Wir haben gestern im Europaausschuss von Senator Kusch die ernüchternde Auskunft erhalten, dass es für tiefer gehende Veränderungen derzeit keine Aussicht auf Erfolg gebe, weder bei der Bundesregierung, noch bei den Fraktionen im Deutschen Bundestag, die sich in dieser Frage selten Partei übergreifend einig sind. Insofern ist der hier vorgelegte Antrag – nehmen Sie es mir bitte nicht übel – etwas treuherzig. In der Sache selbst aber soll Veränderungsbedarf nicht abgestritten werden. Auch insofern ist der Antrag nicht überflüssig, wie Sie gemeint haben, Herr Dr. Jäger.

Ein Sonderthema ist die Frage, inwieweit die Landesregierungen an Beschlüsse ihrer Parlamente gebunden sind. Hier sollten wir erst einmal vor unserer eigenen Haustür kehren. Regelung oder Nicht-Regelung wären zunächst einmal an der Hamburger Verfassung zu messen oder zu entwickeln. Die Frage geht ja auch weit über

das Gebiet der Europapolitik hinaus. Das kann man nicht mal so eben hier beschließen.

Noch einen Schritt weiter geht der Antrag, soweit er sich mit der Rahmengesetzgebung betreffend europäischer Angelegenheiten befasst. Hier werden weitgehende Forderungen erhoben, die sowohl auf Länder- wie auch auf Bundesebene zum Teil ungeklärt, zum Teil umstritten sind. Auch die Mehrheitsposition der Ministerpräsidenten der Länder, die, wie wir gestern von Senator Kusch gehört haben, vom Ersten Bürgermeister mitgetragen wird, ist in diesem Punkt nicht eindeutig festgelegt. Auch hier lassen Sie uns deshalb bitte etwas behutsamer vorgehen.

Im zweiten Schwerpunkt fordert der Antrag eine stärkere Beteiligung der Bürgerschaft an der Willensbildung und Positionierung des Hamburger Senates in europapolitischen Angelegenheiten. Das ist im Prinzip in der Tat wünschenswert. Auch diese Materie ist allerdings schon gesetzlich geregelt, nämlich in Artikel 31 der Hamburger Verfassung. Die SPD-Fraktion hatte dazu vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, der die Rechte der Hamburgischen Bürgerschaft so stärken sollte, wie sie zum Beispiel dem Landtag von Baden-Württemberg und zwei weiteren Bundesländern zustehen. Dieser Antrag wurde damals leider mehrheitlich – von Ihnen nämlich – abgelehnt. Die SPD-Fraktion ist gern bereit, ihre entsprechenden Bemühungen fortzusetzen. Der vorliegende Antrag bleibt allerdings in diesem Punkt hinter den konkreten Vorschlägen von vor zwei Jahren zurück beziehungsweise ist zu unscharf, wenn er Weiteres fordert.

Ich fasse zusammen: Lassen Sie uns den Antrag weiter im Europaausschuss beraten. Das Thema ist es wert. Es muss auch nachdenklich stimmen, dass sich der Senat, wie wir ebenfalls gestern gehört haben, mit diesen Fragen offensichtlich noch nicht befasst hat. Das ist zu wenig und ich denke, wir werden ihn dazu bringen, dass das geändert wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Ich habe zwei oder drei kurze Punkte. Ich versuche, jetzt auch langsamer zur reden als gerade vorher.

Zunächst zum zweiten Spiegelstrich: Das sollten Sie noch einmal nachlesen. Das ist auch nicht mein Vorschlag. Ich habe den letztendlich abgeschrieben. Es geht nur um die Bereiche, die bisher doppelt umgesetzt werden. Es wäre eine Chance, Hamburg Arbeitersparnis zu verschaffen. Darüber sollten Sie vielleicht noch einmal nachdenken.

Ich möchte aber noch einmal ganz deutlich sagen: Wir hatten gestern Herrn Kusch im Ausschuss. Herr Kusch hat uns im Ausschuss gesagt, er halte es nicht für notwendig, sich mit Positionen in der Föderalismuskommision zu beschäftigen, wenn er nicht sehe, dass diese vielleicht eine Zweidrittelmehrheit kriegen würden. Mehr hat er inhaltlich zu seinem Verhalten in der Föderalismuskommision nicht sagen wollen. Da finde ich Ihre Treueschwüre tatsächlich schon – sagen wir einmal: waghalsig. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

C

D

A Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/791 in der Neufassung an den Europaausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/791 in der Neufassung annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 57 auf, die Drucksache 18/859, Antrag der CDU-Fraktion: Förderung der Verknüpfung von Ganztagschulen und Kinder- und Jugendarbeit in Sportvereinen und -verbänden in Hamburg.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Förderung der Verknüpfung von Ganztagschulen und Kinder- und Jugendarbeit in Sportvereinen und -verbänden in Hamburg – Drucksache 18/859 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sportausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dietrich hat es.

Lars Dietrich CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Ärztlichen Untersuchungen zufolge leiden in Deutschland circa 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen an Übergewicht. 60 Prozent weisen Haltungsschäden auf und 40 Prozent haben Koordinationsprobleme. Weitere 25 Prozent leiden an Herz- und Kreislaufschwäche. Hauptursache für diesen recht schlechten Gesundheitszustand unserer deutschen Kinder und Jugendlichen ist vor allem das Bewegungsdefizit, welches stetig wächst, bedingt durch zwangsläufiges Sitzen in der Schule und beim Hausaufgabenmachen, aber natürlich auch die zunehmende Zahl der Stunden vor dem Fernseher oder Computer oder ähnlichen animierenden Unterhaltungsmedien wie Gameboys. Diese Zahlen sind aus meiner Sicht alarmierend hoch und weisen einen negativen Trend auf, sodass wir geeignete Maßnahmen finden müssen, da von einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen in unserem Land auszugehen ist. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse ein ganz besonderes Problem dar, denen zufolge die Bewegungsfähigkeit auch für die Intelligenzsentwicklung und den Hirnaufbau von großer Bedeutung ist.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, dürfen wir aus unserer Sicht nicht nur die Symptome behandeln, sondern wir müssen das Problem an der Wurzel anpacken und präventive Maßnahmen ergreifen. Deshalb hat der Senat bereits in der letzten Legislaturperiode die dritte Sportstunde eingeführt, um mit einem weiteren Beitrag der Bewegungsarmut entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Diese Entscheidung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Frau Senatorin Dinges-Dierig hat bereits deutlich gemacht, dass die dritte Sportstunde bleibt und dass lediglich an den Profilschulen diese Stunde flexibel für die Profilfächer genutzt werden kann. Unter dem Gesichtspunkt der Schulautonomie, die wir auch befürworten, ist dies auch richtig so.

Unser vorliegender Antrag ist ein weiteres Mosaikstein, um der Bewegungsarmut entgegenzuwirken. So soll es in

den nächsten beiden Jahren, 2005 und 2006, in Zusammenarbeit mit der Hamburger Sportjugend und den ihr angeschlossenen Vereinen und Verbänden an vier ausgewählten Ganztagschulen ein Pilotprojekt mit besonderen Sport- und Bewegungsangeboten geben. Diese niedrigschwelligen Angebote, die zwischen den Vereinen und den Ganztagschulen abgestimmt werden, geben allen Schülerinnen und Schülern zusätzlich zum regulären Sportunterricht die Möglichkeit, kostenfrei verschiedene Sportarten kennen und ausüben zu lernen. Diese Angebote sollen bewusst nicht benotet werden, denn der Spaß an der Sache steht hier im Vordergrund. Im Idealfall – das bewährt sich hier, wir haben die Debatte ja an anderer Stelle schon häufiger geführt – ist vielleicht der Schritt, einem Sportverein beizutreten, dann auch nicht mehr so weit. Für mich ist das immer ein Beleg dafür, dass der Beitritt zu einem Sportverein auch der Schritt in eine große Gemeinschaft, das Erlernen von solidarischem und verbindlichem Handeln ist und Gemeinsinn bedeuten kann. Insofern, finde ich, ist unser Vorhaben insbesondere in sozialen Brennpunkten auch ein Beitrag zur Integration und Vernetzung verschiedener Institutionen im Stadtteil.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch kurz auf die Fachlichkeit der Betreuung dieser Projekte eingehen. Wir haben in Hamburg Diplomsportwissenschaftler und Diplomsportlehrer, die die Übungsleiter anleiten. Wir legen bei diesem Antrag Wert darauf, dass es eher jüngere lizenzierte Trainer, Betreuerinnen oder Betreuer sind, da wir der Meinung sind, dass sie einen etwas besseren Zugang haben als vielleicht etwas ältere Trainer. Die Erfahrung machen wir auch tagtäglich immer wieder in den Sportvereinen. Jugendarbeit findet auch ganz wesentlich im Umgang miteinander statt. Insofern glauben wir auch, dass die Anziehungskraft auf die Schüler durch jüngere Übungsleiter wesentlich größer sein kann. Ich will das nicht pauschalisieren und nicht ausschließen, dass es älteren Übungsleitern auch gelingt. Nein, ich möchte in der Tat nicht diskriminieren.

Nach Ablauf der Erprobungsphase an den vier ausgewählten Pilotstandorten soll dem Kinder-, Jugend- und Familienausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft eine Evaluation vorgelegt werden. Erst dann wird zu entscheiden sein, ob unser Modell, welches wir heute vorschlagen, auf mehrere Hamburger Ganztagschulen übertragen werden kann und soll.

Wenn wir dem negativen Trend im Gesundheitsbereich entgegenwirken wollen, müssen wir uns ranhalten. Wir müssen schauen, dass wir mit mehreren kleinteiligen Maßnahmen versuchen, dem immer stärker werdenden Bewegungsmangel entgegenzuwirken, damit unsere Kinder auch wieder leistungsstark werden. Der Ihnen vorliegende Antrag, der übrigens vom Leiter des Institutes für Sport- und Bewegungsmedizin der Universität Hamburg, Herrn Professor Dr. Klaus-Michael Braumann, unterstützt wird, ist ein weiterer Aspekt der präventiven Gesundheitsförderung für Hamburgs Schülerinnen und Schüler.

Gestatten Sie mir zum Abschluss meiner Ausführungen einen herzlichen Dank an die engagierten Sportfreundinnen und Sportfreunde der Hamburger Sportjugend, insbesondere auch an ihren Vorsitzenden Stefan Karrasch, die sich ganz wesentlich und maßgeblich an diesem Konzept beteiligt und es mitentwickelt haben. Die Freundinnen und Freunde der HSJ haben einen ganz wesentli-

C

D

A chen Beitrag für die Sportstadt Hamburg zur Förderung von Kindern und Jugendlichen geleistet und ich finde, hierfür gebührt ihnen unser aller herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU)

Zu guter Letzt: Ich würde mich freuen, wenn die Oppositionskräfte diese Initiative unterstützen, denn gemeinsam – das wissen wir auch – macht Sport allemal mehr Spaß, auch in der Politik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Berndt Röder: Wird das Wort weiterhin gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Schmidt bekommt es.

Jürgen Schmidt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es bleibt ja nicht aus, dass man zu so einem Redebeitrag, der auch die dritte Sportstunde erwähnt, etwas sagt. Herr Dietrich, die Feststellung, dass hier in Hamburg weiterhin an der dritten Sportstunde festgehalten werde, ist wohl ein kleiner Scherz. Wie sich das hier in der Stadt entwickelt, ist schlichtweg eine Katastrophe und dies alles vor dem Hintergrund, dass Hamburg weiterhin Olympia-Bewerbungsstadt sein will. Das passt wirklich nicht zueinander.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen ja ganz sicher auch noch auf dieses Thema zurück. Aber wenn Sie das hier so beiläufig erwähnen, kann das einfach nicht so stehen bleiben.

B Wenn man so einen Antrag vor sich liegen hat, muss man natürlich auch nach dem Positiven suchen. Und in der Tat ist dieser Antrag in der Zielrichtung – so sehen wir als SPD das jedenfalls – vollkommen richtig und ich denke, dass er sicherlich auch parteiübergreifend auf Zustimmung stoßen wird.

Was Sie aber in Ihrem Wortbeitrag gar nicht erwähnt haben, ist, dass es bereits etwas Vergleichbares in Hamburg gibt. Das ist die Kooperation Schule/Verein, die sicherlich nicht hundertprozentig deckungsgleich ist. Das kann aber auch nicht sein, denn dann bräuchten wir diesen Antrag gar nicht. Aber immerhin wird dieses Projekt Schule/Verein in Hamburg schon seit langem unter sozialdemokratischer Führung sechshundert Mal jährlich in Hamburg von den Vereinen durchgeführt. Das ist doch immerhin schon eine starke Leistung.

Wenn Sie, Herr Dietrich, hier die Zusammenarbeit mit der Hamburger Sportjugend loben, dann will ich mich dem ausdrücklich anschließen. Ich finde schon, dass die Hamburger Sportjugend oft genug zeigt, dass sie hier weitergehende Vorschläge entwickelt und dieses entsprechend auch sehr profund darlegt. Ich will hier nur zwei Punkte aus der Vergangenheit nennen. Ich darf an das Thema erinnern, das im Rahmen der offenen Jugendarbeit sehr erfolgreich war: Das sind die „Street-Games“, ein Angebot im Rahmen der ABM-Maßnahmen, das sehr erfolgreich war, oder aktuell – zwar nicht in der Dimension, aber immerhin auch erfolgreich – „Straßenfußball für Toleranz“, eine Serie, die jetzt gerade zu Ende geht, aber ebenfalls sehr erfolgreich war.

Alleine schon die Grundüberlegungen, die dabei eine Rolle gespielt haben, sollte ich hier noch einmal erwähnen. Was bedeutet „Straßenfußball für Toleranz“? Das ist eine Mannschaft, der vorgegeben ist, dass mindestens ein Mädchen mitspielen muss. Damit aber nicht genug,

C sondern die Tore, die diese Mannschaft erzielt, zählen nur, wenn mindestens ein Mädchen auch ein Tor geschossen hat.

(Dr. Willfried Maier GAL: Scharfe Quotierung!)

Man mag darüber lächeln, aber wenn man das einmal genauer überlegt, ist das gar nicht so verkehrt.

Ein weiterer Punkt: Das ganze Spiel findet ohne Schiedsrichter statt. Ich glaube schon, dass „Straßenfußball für Toleranz“ unter diesen Gesichtspunkten eine erfolgreiche Arbeit ist, die die Hamburger Sportjugend leistet.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen, der ist dann allerdings etwas gewichtiger: Das, was die Hamburger Sportjugend zusammen mit dem Hamburger Abendblatt macht, nämlich – ich sage das einmal schlagwortartig – Beitragsfreiheit für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten, eine Maßnahme die nur sehr zu begrüßen ist. Wunderbar, was da läuft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zurück zum Antrag. Diese Art der Verknüpfung von Ganztagschule und Sportverein bedeutet ja „mehr und individueller“. Das ist ein zweites Standbein. Das finde ich auch so weit in Ordnung. Nur – auch das wird man ja erwähnen dürfen – wird das Ganze natürlich schon erfolgreich in anderen Bundesländern praktiziert. Ich darf vorzugsweise an das sozialdemokratisch geführte Land Rheinland-Pfalz verweisen, wo das schon flächendeckend erfolgreich durchgeführt ist.

D Lassen Sie mich zwei, drei kritische Bemerkungen zu Ihrem Begründungstext sagen, Herr Dietrich. Auf der einen Seite erwähnen Sie, dass diese Trainerarbeit grundsätzlich von Diplom-Sportlehrern gemacht werden sollte und eben auch von jungen Übungsleitern und Trainern. Später – das haben Sie hier ja auch ausgeführt – sollen es dann Übungsleiter mit einem Mindestalter von 16 Jahren sein. Ich glaube, dass hier die Balance einfach nicht stimmt. Man kann diese sehr divergierende Zielorientierung nicht so darstellen, wie Sie das gemacht haben.

Im Übrigen begrenzen Sie die Angebote auf ein halbes Jahr und sagen dann im nächsten Absatz, dass eine Fortsetzung im allgemeinen wieder möglich sei. Sie sollten sich schon entscheiden, was denn nun gültig sein soll.

Nun aber zum Beschlussvorschlag, den Sie der Bürgerschaft vorgelegt haben. Ich habe den Eindruck, dass Sie ein bisschen Angst vor der eigenen Courage haben.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich würde Sie schon bitten, die natürlich sehr kommunikativen Grüppchen aufzulösen. – Bitte.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): – Danke.

Ich habe den Eindruck, dass Sie – Ich weiß nicht, ob das parlamentarisch ist, aber das werde ich ja gleich merken – vielleicht die Hosen

(Unruhe im Hause – Glocke)

ein bisschen voll gehabt haben.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss jetzt offensichtlich einmal erklären,

- A was ich unter Auflösung von Grüppchen versteh. Setzen Sie doch bitte diese Gespräche vor dem Plenarsaal fort.
– Bitte schön.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): Sie haben eben hier in Ihrem Redebeitrag von vier Standorten gesprochen. In dem Antrag – das wollen wir doch einmal genau festhalten – steht drin: "an bis zu vier Pilotstandorten". Das ist ja nun ein kleiner Unterschied.

Des Weiteren haben Sie in dem Beschlussvorschlag ausgeführt, die Ressourcen sollten aus dem Ganztagschulprogramm kommen, – also aus der BBS – und fügen hinzu, "im Rahmen der Möglichkeiten". Das sind doch alles beachtliche Einschränkungen. Sie erwähnen dann darüber hinaus, dass die weitere Umsetzung erst im Jahre 2006 erfolgen solle. Ich weise noch einmal darauf hin, dass Rheinland-Pfalz bereits flächendeckend Erfahrung hat. Warum soll das denn noch so lange dauern? Ich finde, das Ganze ist doch sehr zurückhaltend angelegt, um mich vorsichtig auszudrücken. Wir finden jedenfalls, dieser Antrag ist allemal noch beratungsbedürftig. Es stellt sich auch die Frage, warum das nach Ihren Vorstellungen im Familien-, Jugend- und Kinderausschuss behandelt werden soll, wenn auf der einen Seite das Geld von der BBS kommt und es zum anderen um Sport geht.

Also, Herr Dietrich, trauen Sie sich mehr zu. Punkte genug gibt es für die Beratung. Verbessern wir dann Ihren Beschlussvorschlag und stimmen Sie einer Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

- B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die GAL-Fraktion begrüßt diesen Antrag. Wir werden ihn entsprechend unterstützen. Wir halten die Initiative für ein richtiges und wichtiges Signal im Hinblick auf die sich verändernde Situation für die Jugendhilfe in Hamburg durch die schrittweise Einführung der Ganztagschule. Wir hoffen ja, dass beides bald flächendeckend passieren kann. Es ist ein prima Projekt, dass sowohl an den mangelnden Bewegungsangeboten in einer Großstadt wie Hamburg für Kinder und Jugendliche ansetzt als auch an der Persönlichkeitsbildung für Kinder und Jugendliche. Ich glaube, das ist bei Ihrer Vorstellung vorhin ein bisschen zu kurz gekommen. Für mich ist dieser Aspekt eigentlich noch wichtiger, dass durch den Ansatz, den auch die Hamburger Sportjugend hat, ein ganz großes Augenmerk darauf gelegt wird, das Sozialverhalten in Gruppen – Toleranz und ähnliche Dinge – zu schulen. Ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen, ich habe als Sechzehnjährige auch dieses Jugendgruppenleiterinnenprogramm durchgemacht. Ich fand das damals eine ganz tolle Sache und habe sehr bedauert, dass nicht schon zu der Zeit eine Verbindung zwischen dem seinerzeit noch sehr extrem getrennten Vereins- und Schulsport möglich war.

Bedenklich ist für mich einzig und allein, dass die Behörde für Bildung und Sport zur Umsetzung dieses Konzeptes erst äußersten Druck braucht und nicht schon von selbst darauf gekommen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und bei Jürgen Schmidt SPD)

Ein weiterer möglicher Vorteil könnte sein, dass es über dieses Projekt für Schülerinnen und Schüler auch leichter wird, den Weg in den Vereinssport zu finden. Das könnte dazu verleiten zu denken, dass dieses Projekt auch von großem Vorteil für die Vereine sei. Allerdings muss dabei auch gesagt sein, dass gerade Jugendarbeit Vereine viel Geld und Engagement – vor allem ehrenamtliches – kostet und durch die Querfinanzierung durch die erwachsenen Mitglieder getragen wird. Ohne diese funktioniert das System nicht. Das heißt, jugendliche Mitglieder nutzen auch nichts, wenn wir an die beabsichtigte Betriebskostenbeteiligung für die Vereine an der Sportstättennutzung denken, wenn dann die erwachsenen Mitglieder möglicherweise austreten, weil ihnen der Verein zu teuer wird. Das wird zulasten der Kinder und Jugendlichen gehen, auch wenn sie nicht direkt an diesen Kosten beteiligt werden sollen. Ich denke, es muss noch einmal genau nachgedacht werden, ob dieses Konzept mit den 3,5 Millionen wirklich sinnvoll ist und ob es nicht die Leistungsfähigkeit der Vereine eher schwächt als stärkt. Ich glaube, wir brauchen starke Sportvereine in Hamburg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Über eine Sache habe ich mich sehr gewundert: Dass Sie quasi eins zu eins das Konzept der Hamburger Sportjugend übernommen haben. Dadurch ist ja ein Duktus in den Antrag gekommen, den ich sonst nur von der GAL oder der SPD kenne. Wenn Sie einmal auf die erste Seite des Antrages ganz unten gucken, so sind dort Begrifflichkeiten enthalten, die ich aus Ihren Anträgen sonst nicht kenne. Aber das hat natürlich unsere Zustimmung nur noch erleichtert. Es gab anfänglich ein kleines Problem: Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht, ob Sie das wirklich meinten. Haben Sie tatsächlich vor, eine Art spezielles Erziehungsprogramm für Jungen ins Auge zu fassen, damit sie ihre sozialen Defizite durch Sport bewältigen lernen? Sie sprechen nämlich ausschließlich von Schülern, von Jugendgruppenleitern, von Übungsleitern und Sportlehrern, die alle in Toleranz und Mitverantwortung für Gruppen geschult werden sollen.

(Bernd Reinert CDU: Gruppen und Gruppinnen müsste es heißen!)

Aber da Sie ja mit der Hamburger Sportjugend kooperieren wollen, weiß ich, dass das mit Sicherheit nicht der Fall sein wird. Herr Schmidt hat ja auf die Veranstaltung "Straßenfußball für Toleranz" hingewiesen. Das ist eins der Projekte, wo sehr deutlich ist, dass gerade die Hamburger Sportjugend einen geschlechtergerechten Ansatz in ihrer Arbeit hat. Vielmehr scheint das die einzige Stelle in Ihrem Antrag zu sein, wo Ihr eigener Stil herauskommt.

Wir werden dieses Vorhaben mit unseren Stimmen unterstützen und hoffen, dass die Umsetzung besser klappt als die dritte Sportstunde, von der wir ja seit gestern wissen, was wir seit langem ahnen: Sie entwickelt sich offenbar zu einem riesigen Flop. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/859 an den Sportausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmennthaltnungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

C

D

- A Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/859 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

C

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 40 auf, die Drucksache 18/518 (Neufassung) und 18/766, Antrag der SPD-Fraktion: Tag der Seniorinnen und Senioren im Rathaus, mit Antrag der CDU-Fraktion: Dialog der Generationen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Tag der Seniorinnen und Senioren im Rathaus
– Drucksache 18/518 (Neufassung) –**

**[Antrag der Fraktion der CDU:
"Dialog der Generationen" – Drucksache 18/766 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen.

Die Fraktionen haben sich verständigt, keine Debatte zu führen. Wir kommen sogleich zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/518 (Neufassung) und 18/766 an den Sozialausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 61 auf, die Drucksache 18/863, Antrag der CDU-Fraktion: "Masterplan" Konversionsflächen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
"Masterplan" Konversionsflächen
– Drucksache 18/863 –]**

D

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Die Fraktionen sind sich einig, dass diese Debatte nicht erfolgen wird. Wir kommen sogleich zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/863 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nutzen Sie die Zeit zur gründlichen Vorbereitung auf die morgige Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.55 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Rolf Harlinghausen, Jörg Lühmann, Doris Mandel und Dr. Diethelm Stehr.